Montag, 13. Juni 1898. Nr. 131. Dritter Jahrgang.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis nebst den Gratisbeilagen „Sonntagsfreude", „Feierglocken" und „Sterne und Blumen" durch die Boten zugestellt nur 50 Pfg. pro Monat, durch die Post bezogen nur 1,20 Mk. pro Quartal.

Preis für die 1spaltige Petitzeile 10 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen können nur bis spätestens Abends 5 Uhr angenommen werden, ganz dringende Inserate bis Morgens 8 Uhr. Geschäftsstelle: Witten, Hauptstraße 79.

Wittener Volks-Zeitung

Verantwortlich für den ganzen Inhalt H. Brinckewald, Witten. Telephon-Anschluß 130. Centrums-Organ für das Ruhrthal. Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Witten. Druck und Verlag von H. Brinckewald, Witten.

Bestellungen auf unsere Zeitung werden in unserer Geschäftsstelle und von den Boten jederzeit entgegengenommen.

§ Centrum, Sammelpolitik und Landwirthe.

Man kann die Stellung der Centrumspartei im gegenwärtigen Wahlkampfe noch so oft und ausführlich begründen, man muß doch immer wieder erleben, daß die Gegner sie nicht verstehen wollen. So behauptet heute wieder die „Kreuzztg.", um nach der Erhaltung einer doppelten Mehrheit zu streben, müsse man sich von bestimmten Grundsätzen so viel wie möglich emancipiren. Wir meinen, das gerade Gegentheil sei der Fall: weil wir bestimmte Grundsätze haben und festhalten wollen, müssen wir eine doppelte Mehrheit zu erhalten bemüht sein. Unsere Grundsätze lassen sich mit einer Mehrheit nicht durchführen, ja wenn wir keine doppelte Mehrheit haben, haben wir überhaupt keine Mehrheit mehr. Die vorhandenen Rechte und Freiheiten zu schützen, ist einer unserer wichtigsten Grundsätze; um ihm Geltung zu verschaffen, brauchen wir aber die Unterstützung der Linken, da die Conservativen die Rechte und Freiheiten des Volkes auf ein möglichst geringes Maß einschränken wollen. Um eine gesunde Wirthschaftspolitik durchzuführen und überhaupt in den wichtigsten positiven Fragen etwas erreichen zu können, bedürfen wir der Mithülfe der Conservativen. Also handeln wir gerade im Interesse unserer Grundsätze, wenn wir uns die beiden Mehrheiten erhalten. Wollten wir auf die Mehrheitsbildung mit der Linken verzichten, so müßten wir die Cartellparteien so stärken helfen, daß sie ohne uns eine Mehrheit bilden könnten, und dann wäre der Erfolg, daß sie sich um uns nicht kümmerten, thäten, was ihnen beliebte und unsere Grundsätze gar nicht zur Geltung gebracht werden könnten.

Wir sollten meinen, diese Politik sei so klar, einleuchtend und einwandsfrei, daß sie jedem als selbstverständlich erscheinen müßte, auch wenn er nicht auf unserm Standpunkte steht, denn jede andere Partei muß doch naturgetreu ganz das gleiche Bestreben haben. Die „Kreuzztg." aber meint, gerade diese Politik müsse die katholischen Landwirthe zu der Frage veranlassen, ob ihren Interessen mit der doppelten Mehrheit gedient sei. Die Landwirthe ständen doch auf dem Boden des wirthschaftlichen Sammlungsaufrufes; damit aber dessen Ziel erreicht werde, müßten Freisinnige und Socialdemokraten erheblich geschwächt werden. Dem widersetze sich aber die Centrumspresse, wie sie sich von Anfang an der wirthschaftlichen Sammlung widersetzt habe. Die Leser wissen, wie wenig von alledem wahr ist. Auch wir stehen auf dem Boden des Sammlungsaufrufes, wie wir das stets betont haben; wir bestreiten aber, daß die Linke geschwächt werden müsse, damit der Schutz der nationalen Arbeit gesichert sei. Rechte und Centrum allein bilden schon nahezu eine Mehrheit für eine nationale Wirthschaftspolitik; dazu kommen die meisten oder sämmtliche Nationalliberale, die Polen, Antisemiten und eine Anzahl „Wilde". Eine weitere Schwächung der Linken ist also für diese Frage ohne allen Belang. Das haben wir hundertmal ausgeführt und kein Mensch hat es je bestritten.

Die „Kreuzztg." kommt mit der Verdächtigung, man werde im Parteiprogramm des Centrums vergebens bestimmte Anhaltspunkte für seine Stellungnahme z. B. in Agrarfragen suchen. Heute wie 1893 würde das Programm der Annahme des russischen Handelsvertrages keinesfalls entgegenstehen. Ein Theil des Centrums könnte nach links abschwenken und dann wäre die Mehrheit zum Schutz der nationalen Arbeit gefährdet. Es müssen schon recht merkwürdige Landwirthe sein, die sich durch eine derartige Argumentation fangen lassen. Das Programm der Conservativen hat auch der Annahme des österreichischen Handelsvertrages nicht entgegengestanden den sie heute ebenso verurtheilen, wie den russischen. Wir könnten also auch ebenso gut sagen, ihre Stellungnahme zu der künftigen Handelsvertragspolitik sei unsicher; man könne gewärtigen, daß sich ein Theil von ihnen aus Gouvernementalismus verleiten ließe, abermals Verträgen zuzustimmen, die für die nationale Arbeit, insbesondere für die Landwirthschaft schädlich seien. Sollte es wirklich Centrumswähler geben, die den Verdacht hegten, ein Theil des Centrums könne in einer Frage des Schutzes der nationalen Arbeit „nach links abschwenken", so steht nichts entgegen, daß sie sich von den betreffenden Candidaten bestimmte Garantien geben lassen. Wir glauben aber nicht, daß es solche unsichere Cantonisten im Centrum gibt, wir sind vom Gegentheil überzeugt.

Jedenfalls wird jeder einsichtige Landwirth die Haltung des Centrums nur billigen können, denn er muß sich sagen: für die Interessen der Landwirthschaft ist unter allen Umständen im nächsten Reichstage gesorgt; es gibt aber auch noch andere, ja höhere Interessen, für die ebenfalls gesorgt werden muß, und wenn zu dem Ende eine erhebliche Schwächung der Linken zu verhüten ist, so thut die Centrumspartei ganz recht, wenn sie danach ihre Haltung bei den Wahlen einrichtet. Die „Kreuzztg." möchte es so darstellen, als ob wir die Socialdemokratie unterstützten und ihren parlamentarischen Bestand zu sichern bestrebt seien. Wo ist auch nur die Spur eines Beweises für diese Verdächtigung? Ueberall tritt das Centrum der Socialdemokratie scharf entgegen, und wenn überhaupt eine Partei die Socialdemokratie, die sonst überall vordringt, zurückzudrängen vermocht hat, so ist es die Centrumspartei. Nicht Socialdemokraten, sondern Freisinnige unterstützen wir, und zwar auch überall gegen die Socialdemokraten, nirgends denken wir daran, die Socialdemokraten zu unterstützen nicht einmal gegen die Sammelpolitiker. Die „Kreuzztg." hätte allen Grund, dies Thema zu scheuen, denn sie hat noch vor wenigen Tagen, — befürwortet, die Conservativen möchten den gemäßigt liberalen Rösicke im Kampfe gegen die Socialdemokraten im Stich lassen. Die guten Leute, die die katholischen Landwirthe vom Centrum wealocken wollen, indem sie ihnen sagen, die Wahlpolitik der Centrumspartei gefährde den Schutz der nationalen Arbeit, insbesondere der Landwirthschaft, und fördere die Socialdemokratie, gehen in Grunde nur darauf aus, das Centrum matt zu setzen und es zu einer Dependenz der conservativen Partei zu machen. Wir ziehen aber unsere Selbstständigkeit doch vor.

□ Politische Tagesübersicht.

Die Nachricht von einem angeblichen päpstlichen Proteste an die Mächte scheint der italienischen Regierung sehr unangenehm zu sein. Wie nämlich die „Opinione" mittheilt, bezweifelt man es, daß die Gerüchte begründet seien, welche behaupteten, der Vatican habe Proteste an die auswärtigen Regierungen gerichtet, beziehungsweise seinen Nuntien Weisungen ertheilt, um die Mächte auf die Maßnahmen aufmerksam zu machen, welche die Regierung des Königs Humbert zur gesetzmäßigen Vertheidigung gegen die Vereine, Gruppen und „clericalen" Blätter hat ergreifen müssen, um die Ausartungen einer extremen reactionären Partei einzudämmen. Das Blatt sagt, es wisse sicher, daß die sehr herzlichen Beziehungen, in denen Italien zu allen auswärtigen Regierungen stehe, jeden Zweifel an der negativen Ausnahme ausschließen, welche jetzt wie früher jeder Versuch der päpstlichen Curie finden würde, den inneren politischen Fragen Italiens einen internationalen Charakter beizulegen. Italien vertheidige sich gegen die Feinde des Staates (!) wie jede Regierung auf Grund seiner Rechte und Pflichten, welche niemals verkannt werden würden. Das eben besprochene Gerücht, meint die „Opinione", scheine erfunden zu sein, aber selbst wenn es irgendwie begründet sein sollte, so würde ein solcher Versuch kein besseres Schicksal haben, als andere ähnliche Versuche bereits bei den anderen Regierungen erfahren hätten. — Das wäre doch noch abzuwarten.

Von Herrn Reichsgerichtsrath Spahn wünschte dieser Tage in langer Ausführung die „K. Ztg.", daß er ein Mandat für den Reichstag nicht wieder annehmen werde, da die Verhältnisse des Reichsgerichts solches kaum gestatteten. Inzwischen muß nun die „Köln. Ztg." selbst zugeben, daß die Annahme irrthümlich sei, wonach bisher noch in keinem Falle ein Reichsgerichtsrath als Abgeordneter einer gesetzgebenden Körperschaft angehört habe. Als im Jahre 1879 das Reichsgericht ins Leben gerufen wurde, wurden fünf Mitglieder des Reichstags, die Abgeordneten Dr. Bähr, Dr. Dreyer, v. Forcade de Biaix, v. Geß und Dr. v. Grävenitz zu Reichsgerichtsräthen ernannt. Die vier ersteren verzichteten von vornherein auf eine Wiederwahl; dagegen wurde Herr v. Grävenitz in der Nachwahl vom 28. Mai 1880 zum Abgeordneten wiedergewählt, und er ist denn auch gleichzeitig Reichstagsabgeordneter und Reichsgerichtsrath bis zum Schlusse der vierten Legislaturperiode geblieben. Später, nachdem er seinen Abschied als Reichsgerichtsrath genommen hatte, war er dann noch freiconservativer Reichstagsabgeordneter während der sechsten und siebenten Legislaturperiode von 1884 bis 1890. Ein Präcedenzfall liegt also unzweifelhaft vor! Im Uebrigen ist Herr Spahn, so schreibt die „B. Morgenztg.", sowohl beim Reichsgericht als auch im Reichstage durchaus am Platze. Ein ruhiger, fleißiger, umsichtiger und rascher Arbeiter, ist er hier wie dort eine höchst schätzbare Kraft; durch seine bedeutsame Mitwirkung bei der Durchberathung des Bürgerlichen Gesetzbuches bringt er für die Aufgaben, die des Reichsgerichts nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches harren, eine hervorragende Eignung mit. Andererseits würde der Reichstag den immer verbindlichen, fast geräuschlos auftretenden und dabei ungemein emsigen Parlamentarier, als den Herr Spahn sich gezeigt hat, oft vermissen. Herr Spahn sei also Reichsgerichtsrath und bleibe Reichstagsmitglied. Der Gesetzesausleger geht bei ihm dem Gesetzgeber vortrefflich zur Hand." Da das Gerichtsverfassungs-Gesetz vom 27. Januar 1877 die Zuziehung von Hülfskräften beim Reichsgericht für unzulässig erklärt, so bliebe nach der „Breslauer M.-Ztg." nichts anderes übrig, als das Reichsgericht, mag es auch ohnehin überlastet sein, derart mit Räthen auszustatten, daß ein zu parlamentarischer Thätigkeit abgerufener Rath ohne Weiteres von einem Amtsgenossen vertreten werden kann. Das Reichs-Justizamt werde von den dadurch bedingten Mehrausgaben nicht entzückt sein, aber es werde sich fügen. — Inzwischen hat in einer am Sonntag in Bonn abgehaltenen Wählerversammlung der Centrumspartei Herr Spahn die Candidatur definitiv angenommen.

Daß **Spanien** sich keine Illusionen über den schließlichen Ausgang des Krieges mit Amerika macht, ergibt sich aus der Thatsache, daß es unter der Hand um Friedensvermittlung nachsucht. Die Antwort, die von den „Nowosti" nach dem bereits mitgetheilten Petersburger Telegramm gegeben wurde, klingt freundlich genug für die Spanier und führt gegen Amerika eine auffallend drohende Sprache: den vereinigten Flotten von zwei oder drei Mächten könne Amerika bei seinen offenen Küstenlinien keinen Widerstand leisten. In Amerika kommt übrigens die Friedenssehnsucht ebenfalls deutlich genug zum Ausdruck. Man berechnet dort bereits unmuthig, wie theuer so ein Krieg doch sei. Für den seit Beginn der Feindseligkeiten gegen Spanien verflossenen ersten Monat stellen sich die Kriegskosten der Bundesregierung, einer officiösen Aufstellung gemäß auf nicht weniger als 80 Mill. Dollars oder auf nahezu drei Millionen Dollars für den Tag. Da in diese Summe die Kosten für die Vorbereitungen zum Kriege durch Anschaffung von Schiffen, Kanonen und sonstiger Ausrüstung eingeschlossen sind, werden sich für die Folge die Kriegskosten weit niedriger stellen. Immerhin rechnet man jedoch in dortigen Regierungskreisen für kommende Zeiten auf eine Ausgabe für Kriegszwecke von einer Million Dollars für den Tag. Die nachfolgende Aufstellung liefert eine Uebersicht über die Hauptposten der zur Anschaffung des nothwendigen Kriegsmaterials bisher gemachten Ausgaben:

Für Ankauf und Miethe von Schiffen	38,000,000	Dollars
Für Kriegsausrüstung derselben	10,000,000	„
Für Kohlen	3,000,000	„
Für Truppentransport	3,500,000	„
Für Armeebedarf	7,000,000	„
Für Kanonen und Munition	8,000,000	„
Für Armeesold für einen Monat	2,700,000	„
Für Marinesold do.	640,000	„
Für Kabel und Telegramme	75,000	„
Sonstige Ausgaben	10,000,000	„

Gewaltige Summen verschlingt auch der Unterhalt der Truppen. Eine solche Rechnung macht doch auch auf die Kriegsschreier in der Union einigen Eindruck und so wird wohl dafür gesorgt werden, daß der Krieg nicht ohne Noth ganz ungebührlich ausgedehnt werde.

Politische Nachrichten.

Berlin, 10. Juni.

* **Reichsgerichtsrath Dr. Spahn hat, wie erwähnt, die Reichstagscandidatur für Bonn-Rheinbach angenommen. In seiner Wahlrede hat er nach dem Bericht der „Köln. Volksztg." u. a. erklärt:**

In der Presse sei die Frage erörtert worden, ob in seiner Ernennung ein Hinderniß für seine Wiederwahl liege. Verfassungsmäßig stände kein Hinderniß entgegen. Allerdings werde er sich nicht mehr in dem bisherigen Umfange an den Arbeiten des Reichstages betheiligen können; das sei aber auch nicht nöthig, da der größte Theil der hervorragend juristischen

---

[36

Im Kampf ums Recht.

Criminal-Roman von E. Heinrichs.

„Mich also hatte der Justizrath Adler in Verdacht," fuhr Ebbesen in seinem Bericht fort, „ganz natürlich, daß ich bei diesem furchtbaren Gedanken die Farbe wechselte, die Alles in mir erstarrte. Der Justizrath sprach kein Wort weiter mit mir, sondern schrieb einige Zeilen, legte sie auf mein Pult und ging hinaus. Ich las und glaubte wahnsinnig zu werden. Da stand es klar und deutlich: „Bringen Sie sich in Sicherheit, man wird Sie verhaften." Ich zerriß den Zettel in kleine Stücke, warf diese in den Papierkorb und begab mich sogleich zu dem Chef, dem ich hoch und heilig meine Unschuld versicherte. Er sagte kein Wort dazu, fragte nur, ob ich Geld brauche, und fügte hinzu, daß jedenfalls strenge Haussuchungen bei mir stattfinden werden. — Ich verstand den Wink, er glaubte mir nicht, wollte mir aber doch soviel als möglich beistehen. Gott segne ihn dafür, er ist ein edler Mann, und mußte wohl an meine Schuld glauben."

„Meine vielgerühmte Kunstfertigkeit wurde mir jetzt zum Fluch! Sein Geld lehnte ich ab, ich war unschuldig und gedachte nicht zu fliehen, aber den Wink hinsichtlich einer Durchsuchung meiner Effecten mußte ich beachten, da mir sofort das Testament der verstorbenen Majorin Wellhofen einfiel. Daß ich damit auch gleichzeitig des Notars gedachte und mich der Gedanke, daß er mit dieser teuflischen Fälschung einen Rache-Act gegen mich in's Werk gesetzt habe, um sich des Testaments zu bemächtigen, zu einer fast wahnsinnigen Eile veranlaßte, war im Grunde nur zu gerechtfertigt, schien aber meinem Chef den vollständigen Beweis meiner Schuld gegeben zu haben. — Ich fürchtete in diesem Augenblick einzig und allein nur, zu spät zu kommen, um das vertauschte Testament, das im Grunde für Niemand als allein für Jakobs Werth besitzen konnte, noch retten zu können. — Es war noch früh genug, ich nahm dieses, sowie einige für mich werthe und theure Briefe und Andenken, um sie meinem Freunde Helmers, der damals bereits in M. in Stellung sich befand, wohl eingesiegelt, in Verwahrung zu geben."

„Er mußte mir schwören, das Päckchen keiner anderen Person auszuhändigen und dann kehrte ich heim, um mich verhaften zu lassen. Ich konnte weder während der langen Untersuchungshaft, noch vor dem öffentlichen Gerichte den Beweis meiner Unschuld führen und es gab Augenblicke, wo ich selber an meine Schuld glaubte, wo sich alles in meinem Gehirn verwirrte und ich nahe daran war, eine That zu gestehen, woran ich nie im Traum gedacht hatte. — Wie man mir vorhielt, muß ich eingestanden haben, eine solche Urkunde leicht nachahmen, ja, sie vielleicht noch besser fälschen zu können, — die Zeugenaussagen hinsichtlich meiner frevelhaften Kunstfertigkeit in der Kopirung fremder Handschriften und Zeichnungen waren erdrückend, ich selber gab es stumpfsinnig zu, als mein Chef mit bewegter Stimme ebenfalls sein Zeugniß gegen mich ablegte, zugleich aber auch meine erprobte Geschäftstreue und mein strenges Pflichtgefühl hervorhob, wobei er meine Liebhaberei für jene Kunstfertigkeit, die möglicherweise als Sport ausgeartet sei und mich schließlich auf diesen Abweg geführt habe, als Milderungsgrund anzunehmen bat. Glauben Sie wohl, Herr Lassen, daß ich selber neugierig auf meine Verurtheilung war und eine Freisprechung für ein Unding hielt? — Hätte die Geschichte länger gedauert, dann wäre es doch um mein armes Gehirn geschehen gewesen. Ich wurde also zu acht Jahren Zuchthaus, doch ohne Ehrverlust verurtheilt, weil der Bitte meines Chefs um Milderungsgründe wohl Gehör gegeben worden war und mein Vertheidiger mir Glauben schenkte, was stets ein wesentlicher Factor für den Angeklagten ist. Und nun frage ich Sie auf Ihr Gewissen, Herr Lassen, „glauben Sie nach dieser Erzählung an meine Schuld?"

„Ich habe an Beweisgründen nichts als Ihr Wort, Herr Ebbesen," versetzte Lassen, ihn fest anblickend, „aber ich halte Sie mit voller Ueberzeugung für schuldlos an dem Verbrechen, um dessentwillen Sie so hart haben büßen müssen."

„Ich danke Ihnen von Herzen," rief der junge Mann, ihm bewegt die Hand entgegenstreckend, die Lassen mit herzlichem Druck erfaßte.

„Und nun sagen Sie mir, ob ich Hoffnung habe, noch jemals hienieden meine Unschuld anerkannt, meine Ehre wieder hergestellt zu sehen."

„Darüber kann ich heute noch nichts sagen, mein Freund! Nur das eine dürfen Sie wissen, daß Ihre Geschichte mir sehr werthvoll ist, und daß mir ungeheuer viel daran gelegen ist, das vertauschte Testament, das allerdings keine Unterschrift besitzt, zu erhalten. Wollen Sie es mir, sobald Sie es zurückerhalten haben, anvertrauen?"

„Mit Freuden, schade nur, daß es am Ende völlig werthlos ist und man nicht einmal dem Notar damit schaden kann."

„Das kommt auf den zweiten Zeugen an," bemerkte Lassen, „weil Sie leider, als vorbestraft, in dieser Sache nicht eidlich vernommen werden können, Jakobs würde Sie sofort refusiren. Wie steht's denn mit dem anderen Zeugen? Ist seine Ehre unlädirt? Hat der Herr Notar ihm nichts anheften können?"

„Ich glaube nicht, will ihn aber morgen darauf sondiren. Wohnt die Majorin von Wellhofen hier noch?"

„Sie liegt schwer krank, der Major hatte seine erste Verlobte geheirathet und ist dann nach hier verzogen, wo er sich ein Besitzthum kaufte. Jedenfalls hat auch bei dieser Uebersiedelung der ehrenwerthe Jakobs die Hand im Spiel gehabt, um ihn unter der Herrschaft zu behalten, da er sein Sachwalter geblieben ist. Es ist seltsam, wie kurzsichtig manche Menschen sind, wie vertrauensselig und ohne Lebens-Erfahrung. Zu diesen gehörte der verstorbene Major. Nun sagen Sie mir noch, Herr Ebbesen, wie Sie es nach Ihrer Entlassung fertig brachten, den Notar einzuschüchtern und sich als Schreiber bei ihm einzuschleichen."

„O, von Einschleichen war keine Rede, ich ging geradewegs zu ihm und sagte ihm mit dürren Worten, daß ich meiner guten Aufführung halber zwei Jahre früher entlassen worden sei, was nicht jeder, der dort an meiner Stelle hätte sitzen müssen, von sich sagen könne. Es gäbe Dinge zwischen Himmel und Erde, die der Enthüllung noch harrten und gewisse Ehrenmänner hinter schwedische Gardinen bringen könnten. Ich bat ihn nun, da ich keinen Ehr-Verlust als Zusatzstrafe erhalten hätte, im Gefühle meiner ungerechten Verurtheilung, von der er sicherlich doch überzeugt sein müsse, mich zu rehabilitiren, indem er mich als Schreiber in seinem Bureau arbeiten lasse. Er sah mich prüfend an und nickte dann herablassend. Vielleicht plante er einen neuen Anschlag, um mich wieder unschädlich zu machen."

„Sehr wahrscheinlich," erwiderte Lassen nachdenklich, „unter meinem Schutze aber sind Sie sicher, da ich mich mit der Polizei gut abzufinden weiß. Und nun," er zog seine Uhr, „will ich Ihnen Ihre Kammer anweisen, weil ich noch einen nothwendigen Gang zu machen habe und Ihr Logis hier bei mir geheim zu halten wünsche. Mit der Polizei will ich's in Ordnung bringen. Wenn Sie noch aufbleiben wollen, können Sie die Lampe behalten. Und nun kommen Sie, Herr Ebbesen!"

Er nahm die Lampe vom Tisch und schritt seinem Gaste voran.

Die Kammer befand sich in dem kleinen Giebel an der Rückseite des Hauses, das hier von einem breiten Graben begrenzt wurde.

Lassen zog die dunkle Rollgardine vor's Fenster und deutete auf das reinliche Bett.

„Ich habe hier zuerst geschlafen," sagte er lächelnd, „wurde aber einmal unten von einem Diebe besucht, den ich glücklicherweise, da ich just nach Hause kam, und der einfältige Tropf mich schon hier oben schlafend wähnte, dabei abfaßte. Es war ein armer Teufel, den ich abfütterte und dann laufen ließ. Seitdem betrachte ich diese Kammer als Fremdenzimmer," setzte er humoristisch hinzu, „und habe mich unten einquartirt. Wenn wir uns heute Abend nicht wiedersehen sollten, dann will ich Ihnen gute Nacht wünschen. Morgen Früh um 5 Uhr werde ich Sie wecken."

„Gute Nacht, Herr Lassen," sprach Ebbesen, ihm bewegt die Hand reichend, „Gott gebe, das ich Ihnen meinen Dank in wirksamer Weise bethätigen kann."

„Das können und werden Sie ganz bestimmt, mein Freund!" versetzte Lassen mit einem kräftigen Händedruck, „ich wiederhole, daß der Herrgott uns wieder zusammen geführt hat; darum Kopf hoch! Herr Ebbesen, die Erde ist rund und muß sich drehen."

Er verließ seinen Gast, holte Hut und Stock und ging dann, nachdem er die Hausthür fest verschlossen und die Fensterläden untersucht hatte, zu dem Notar Jakobs, der ihn bereits erwartete."

„Hier haben Sie den Brief für den Herrn Dr. Eschendorf, bei dem Sie, wie ich schon vorhin bemerkt, um 11 Uhr im Hotel „Zum Kronprinz" sich anmelden lassen," sagte Jakobs sehr herablassend. „Ich möchte nicht, daß er gerade jetzt, wo die Frau Majorin von Wellhofen noch schwer krank darniederliegt, zu Maßregeln griffe, die ihn in den Augen der ganzen Bevölkerung schwer schädigen würden. Dieser Brief befürwortet deshalb noch zeitweilige Zurückhaltung und sollte er sich Ihnen gegenüber etwas verlauten lassen, so kennen Sie darin meine Meinung, und werden diese recht kräftig unterstützen. Diese verschiedenen Notizen hier sollen Ihnen zur nöthigen Aufklärung dienen. Und noch eins, Ihr Vorgänger, ein gewisser Conrad Ebbesen, ist vor sechs Wochen aus dem Zuchthause entlassen worden. Er hatte als Bureauvorstand des Justizraths Adler eine Urkunde gefälscht, wofür er acht Jahre bekam, zwei sind ihm davon wegen guter Führung erlassen worden. Na, lieber Himmel, man ist doch ein Mensch, und als er sich nach seiner Entlassung an mich um ein Unterkommen wandte, weil er ohne nachträglichen Ehrverlust davongekommen war und sich nun durch mich wieder rehabilitiren lassen wollte, fühlte ich, wie gesagt, ein menschlichem Rühren mit dem armen Teufel und placirte ihn als dritten Schreiber in meinem Bureau. Er hat's mir mit schnödes Undank gelohnt, Schwamm d'rüber! — Sehen Sie, mein lieber Lassen, ich habe gegründete Ursache zu der Annahme, daß dieser undankbare Sträfling sich nach M., seiner Vaterstadt, begeben hat, um irgend etwas gegen mich zu planen."

(Fortsetzung folgt.)

Gesetze erledigt sei. Jedenfalls werde man sich bei ihm über eine Pflichtversäumniß in Zukunft so wenig wie in der Vergangenheit beklagen können. Wenn nationalliberale Blätter befürchteten, seine Amtsthätigkeit werde darunter leiden, so sei das auffällig, da früher zwei Reichsgerichtsräthe lange Zeit der nationalliberalen Partei des Reichstages angehört hätten; darin habe die nationalliberale Presse nichts gefunden. Wenn die „Rhein. Volksstimme" behaupte, er sei rasch avancirt, so gebe er zu bedenken, daß es Reichsgerichtsräthe von 46 Jahren gebe, die schon einige Jahre im Amt seien, er sei aber schon 52 Jahre alt. Herr Spahn gab dann eine umfassende Uebersicht über die Betheiligung des Centrums an den gesetzgeberischen Arbeiten der verflossenen Legislaturperiode.

* **Religion ist Privatsache!** In dem neuesten Flugblatt, welches die Socialdemokraten verbreiten, thun sie gewaltig entrüstet darüber, daß man ihnen sagt, die Socialdemokratie sei religionslos, ja religionsfeindlich. Das sei alles unwahr, im socialdemokratischen Programm stehe ausdrücklich, daß Religion Privatsache sei. Das letztere ändert nun absolut nichts an der Thatsache, wie sie durch socialdemokratische Autoritäten selbst erwiesen ist. So heißt es in dem Buche der Größen Kautsky und Schönlank „Grundsätze und Forderungen" u. A.:

Die Unterweisung der Kinder mit religiösen Dingen zu verquicken ist ein grundsätzlicher Fehler. Die Mitwirkung kirchlicher Kräfte beim Unterricht ist ein grundsätzlicher Fehler. Die Mitwirkung kirchlicher Kräfte beim Unterricht ist deshalb unzulässig.

Bebel erklärte am 3. Februar 1893 im Reichstage:

Wir sind gegen alle Autoritäten, gegen die himmlischen wie gegen die irdischen, die Sie uns gegenüberstellen, mit denen Sie bisher die Massen am Leitseil geführt haben und noch zu führen versuchen.

Daraus folgt also mit logischer Nothwendigkeit die Forderung: Da die himmlischen Autoritäten nur zur Führung der Massen am Leitseil dienen, so müssen sie verschwinden; fort mit ihnen! Und da wagt es das socialdemokratische Flugblatt, den religionslosen, je religionsfeindlichen Charakter der Socialdemokratie zu bestreiten!

● **Das Schreiben des Staatssecretärs Grafen v. Posadowsky** an den „notablen Politiker" ist in der gesammten Presse eifrig besprochen worden. Wir glauben aber nicht, daß man sich darüber besonders aufzuregen braucht. Natürlich ist es in der Absicht veranlaßt und verfaßt worden, mit der Veröffentlichung Wahlgeschäfte zu machen. Der Erfolg wird kaum sonderlich groß sein. Dazu ist das Schreiben denn doch zu allgemein in seinen positiven Ausführungen und zu wenig eigenartig seinem ganzen Inhalte nach. Dies „Regierungsprogramm" konnte Jeder aufstellen, auch wenn er nicht zur Regierung gehört. Das Schreiben kommt auch zu spät, um noch irgend einer Partei die Cirkel stören zu können. Alle haben doch ihre Vorbereitungen soweit getroffen, daß für eine Mischmasch-Politik kein Boden mehr ist, und auf Mischmasch-Politik läuft doch das Schreiben hinaus. Wenn schon die Monate langen Bemühungen um eine „Sammlungspolitik" auf Grund eines allgemein gehaltenen wirthschaftlichen Programms nur klägliche Erfolge erzielt haben, so wird ein Brief des Staatssecretärs, mag man noch so eifrig mit ihm hausiren, keine durchschlagende Wirkung mehr hervorbringen. Die Parteiunterschiede und -Gegensätze sind denn doch größer und stärker, als so ein Sammler es sich vorstellt. So wenig practische Bedeutung wir demnach dem Schreiben beilegen, so müssen wir doch Denen beistimmen, die das ganze Vorgehen rügen. Wie kommt ein Untergebener des Reichskanzlers dazu, auf eigene Faust ein Regierungsprogramm zu veröffentlichen? Wollte die Regierung, wie angekündigt, oder wohl nur gewünscht wurde, eine Kundgebung zu den Wahlen erlassen, so mußte es in amtlicher Form unter Verantwortung des Reichskanzlers geschehen. Wollte oder konnte man keine amtliche Kundgebung erlassen, so mußte auch der Staatssecretär sich der Einmischung enthalten. Oder wie, wenn nun ein anderer Staatssecretär an einen anderen „notablen Politiker" im entgegengesetzten Sinne schriebe? Formell ist das Schreiben des Staatssecretärs v. Posadowsky ein privates, aber er hat gewußt und beabsichtigt, daß es veröffentlicht und als Regierungskundgebung behandelt werden würde. Darum war sein Vorgehen unseres Erachtens wenig correct. — Die „Nordd. Allgem. Ztg." erklärt ausdrücklich, das Schreiben enthalte das Programm der Reichsregierung, aber das Programm sei ja seit Langem Jedermann hinlänglich bekannt. Wo ist es denn officiell bekannt gemacht worden? Man konnte es sich aus gelegentlichen Aeußerungen der Minister theilweise zurechtlegen, aber etwas Amtliches und Bestimmtes hatte man nicht. Dem Bunde der Landwirthe, dessen Presse das Schreiben freudig begrüßt hat, wird es interessant sein, aus der „Nordd. Allgem. Ztg." zu ersehen, daß die Regierung vor einem Reichstage bewahrt sein möchte, der extrem agrarische Forderungen gegenüber dem Auslande vertrete. Ein solcher Reichstag würde ein Hinderniß für den Abschluß von Handelsverträgen sein. Die Regierung habe bei der Regelung der wirthschaftlichen Beziehungen zum Auslande die Grenze des Erreichbaren im Auge zu behalten und brauche einen Reichstag, der nicht extrem und einseitig sei, sondern sich auf einer Mittellinie bewege. Das wäre also ein Reichstag nach dem Muster des Centrums. Da stehen wir „voll und ganz" auf dem Boden des Regierungsprogramms. — Die „Hamb. Nachr." knüpfen an das Schreiben die Forderung und Folgerung, daß die Regierung den Worten die Thaten folgen lassen und alle Mittel der Macht, der Gesetzgebung und des sonstigen Einflusses gegen die Socialdemokratie aufbieten müsse. Das wird nach der Wahl kommen, wenn der Reichstag danach ausfällt.

⋊ Gewisse Kreise haben, wie es der „Nordd. Allg. Ztg." scheint, die Schlußausführungen in dem **Immediatberichte des Finanzministers**, die sich gegen das Drängen der Interessentenkreise nach weiterer Gewährung von Staatsmitteln richten, auf sich besonders bezogen und daraus folgern zu müssen geglaubt, daß gerade ihnen die verlangte Staatshülfe verweigert werden solle. Das Blatt meint aber, der klare Wortlaut ergebe, daß der Tadel allgemein ausgesprochen sei. Die Neigung, alles vom Staate zu verlangen, sei in allen Erwerbsständen vorhanden, während man der Selbsthülfe einen viel zu geringen Werth beilege. Der Wunsch des Ministers, daß das Drängen nach Staatshülfe in denjenigen Elementen den nöthigen Widerstand finden möge, die die dauernde Kraft des Staates zur Erfüllung seiner wachsenden Culturaufgaben im Auge behielten, appellire an alle Stände.

Zum spanisch-amerikanischen Kriege.

Auf den Philippinen ist für die Spanier so gut wie alles verloren. Die Amerikaner sind freilich ziemlich unschuldig an dieser Wendung der Dinge, welche allein die eingeborenen Insurgenten herbeigeführt haben. Die amtliche Depesche aus Manila, welche der Kriegsminister gestern dem Ministerpräsidenten vorgelegt hat, und die zuerst nicht veröffentlicht werden sollte, lautet nach der „Agencia Fabra":

„Die Lage ist sehr ernst. Aguinaldo ist es gelungen, das Land an einem bestimmten Tag zum Aufstand zu bringen. Da die Eisenbahn- und die Telegraphenlinien abgeschnitten sind, bin ich mit allen Provinzen außer Verbindung. Die Einwohner der Provinz Cavite haben sich in Masse erhoben. Städte und Dörfer werden beschossen und von zahlreichen bewaffneten Banden besetzt. Eine Truppenabtheilung vertheidigt die Linie von Zapote, um das Eindringen der Feinde in die Provinz Manila zu verhindern; da der Feind aber auch über Bulacan, Laguna und Maron vordringt, wird die Hauptstadt von der See- und Landseite her eingeschlossen und angegriffen werden. Ich suche den Geist der Bevölkerung zu heben und werde alle Mittel des Widerstandes erschöpfen, mißtraue aber den Eingeborenen und den Freiwilligen, denn zahlreiche Desertionen sind bereits vorgekommen. Bacolor und Imus sind schon in der Gewalt des Feindes. Der Aufstand ist mächtig und wenn ich nicht mit der Unterstützung des Landes rechnen kann, werden die zu meiner Verfügung stehenden Streitkräft nicht genügen, zwei Feinden die Stirn zu bieten."

Das Telegramm ist vom 3. Juni datirt.

In Anbetracht der Ereignisse auf den Philippinen traten vor der Sitzung der Deputirtenkammer die Führer der Minoritätsparteien zusammen. Sagasta forderte sie auf, im Hinblick auf den Ernst der Lage, sofort das Budget zu bewilligen und die Kammer in Permanenz zu erklären. Salmeron, Romero Robledo und Barrio lehnten die Aufforderung des Ministerpräsidenten ab.

Bei Eröffnung der Sitzung der Deputirtenkammer drängten Deputirte und Senatoren in den Saal, alle Minister waren zur Stelle. Sagasta gab eine Erklärung ab, in der es heißt, das spanische Volk müsse die schlechten Nachrichten männlich und gefaßt aufnehmen. Die Regierung habe nach der Niederlage von Cavite drei Telegramme aus Manilla erhalten: in dem ersten habe der Generalgouverneur nach der Vernichtung der spanischen Flotte berichtet, er sei im Besitz genügender Vertheidigungsmittel und rechne auf die Unterstützung der eingeborenen Bevölkerung; in dem zweiten meldet der Generalgouverneur, Aguinaldo gelinge es nicht, die Bevölkerung zur Erhebung zu bringen; die dritte Depesche sei die gestern eingegangene.

Silvela und Romero Robledo bieten der Regierung ihre Unterstützung an, Romero Robledo beschuldigt das Cabinet der Unthätigkeit und sagt, man habe 39 Tage verstreichen lassen, ohne einen Entschluß zu fassen; Redner protestirt dagegen, daß eventuell ein unehrenhafter Friede geschlossen werde. Mella tadelt das System des Schweigens.

Sagasta erwidert, die Regierung sei weder für die Ereignisse auf den Philippinen noch für den von Cervera eingeschlagenen Weg verantwortlich. Die Regierung habe Schritte gethan, die er nicht mittheilen könnte, weil es nicht patriotisch sein würde.

Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald" veröffentlicht ein New-Yorker Telegramm, wonach der spanische Torpedobotzerstörer „Terror" in der Nacht zum Dienstag gegen Mitternacht vor dem Hafen von Santiago de Cuba nach einer einstündigen Verfolgung durch mehrere amerikanische Kriegsschiffe in den Grund geschossen worden ist. Der Schuß wurde von dem erst kürzlich zu dem Geschwader gestoßenen Schlachtschiff „Oregon" aus einem der größten seiner Geschütze abgegeben und traf die „Terror" in die Mitte, so daß sie sofort sank. Von den 60 Mann der Besatzung hat sich keine Spur gefunden.

Ein Telegramm aus Cap Haitien meldet, daß am Dienstag früh 5½ Uhr bei Caimanera eine große Schlacht geschlagen worden sei. Fünf amerikanische Kriegsschiffe hätten ein schweres Bombardement gegen die dortigen Befestigungswerke begonnen. Es sei ein wahrer Hagel von Geschossen gewesen, der viele Gebäude innerhalb der Befestigungen zerstört habe. Die spanische Artillerie habe lebhaft geantwortet, das Feuer der Amerikaner habe aber nicht nachgelassen und sei wirkungsvoll gewesen. Die Spanier seien schließlich gezwungen gewesen, ihre Stellung am Ufer aufzugeben und sich in die Stadt zurückzuziehen, aus der sie mit den Einwohnern geflohen seien. Der Gouverneur des Districts habe befohlen, Caimanera niederzubrennen, bevor es übergeben werden müsse. Die Spanier wollen den letzten Versuch machen, die Amerikaner an der Landung zu verhindern. — Caimanera liegt östlich von Santiago de Cuba in der Nähe von Guatanamo.

Sociales.

△ **Berlin**, 10. Juni. Die Einstellung des Betriebes am Piesberge wird von der dem Centrum feindlichen und für die Stumm'sche Socialpolitik schwärmenden Presse hingestellt als eine Wirkung des Strikes. Da dieser Strike von der „niederen Geistlichkeit" heraufbeschworen und vom Centrum geschürt worden sein soll, so werden diese dafür verantwortlich gemacht, daß so viele Arbeiter mit ihren Familien brodlos werden. Es gehört doch von vornherein starker Glaube zu der Annahme, daß eine Unternehmergesellschaft ein Unternehmen, an dem etwas zu verdienen ist, deshalb aufgäbe, weil sie mit ihren Arbeitern in Streit gerathen ist, und das gar in einen Streit, der sich keineswegs um Lohnfragen dreht. Andererseits wird kein Urtheilsfähiger glauben, daß ein Unternehmer ein Werk, von dem er dauernd nur Verlust erwarten kann oder das große Opfer fordert, ohne die Sicherheit entsprechenden Gewinnes zu bieten, fortführen werde blos damit die Arbeiter nicht brodlos würden. Zumal eine Actien-Gesellschaft pflegt von dergleichen kostspieligen Sentimentalitäten völlig frei zu sein. Es war also von vornherein anzunehmen, daß das Bergwerk am Piesberge nicht wegen des Strikes aufgegeben werde. Der Bericht über die General-Versammlung, in der die Einstellung mit großer Mehrheit beschlossen wurde, bestätigt das auch. Generaldirector Haarmann legte dar, daß vor einem Jahre das Geschäft günstig für die Gesellschaft stand. Bis zum November v. J. konnte das Wasser bewältigt werden. Der Streit mit den Wiesenbesitzern war durch Vergleich erledigt und die Grubenwässer sollten in die Ems abgeführt werden. Die Kohlenförderung ward auf 700 Tonnen täglich gebracht. Am 25. November aber erfolgte ein neuer Wassereinbruch. Nun sei der Streik hinzugekommen, obschon die Verwaltung die Feiertage nicht habe entbehren können. In Folge der Wasserschwierigkeit und des Ausstandes sei nun die Verwaltung an das Ende ihrer Kraft gelangt. Reiflich habe man erwogen, ob man das Bergwerk schließen solle oder nicht. Verschiedene Gutachten von Fachleuten seien eingeholt worden, die sich sämmtlich nicht für die Fortführung aussprachen. Zur Weiterführung würde ein Anlagecapital von etwa 3 bis 3½ Mill. Mark für neue Maschinen und einen neuen Canal zur Ems nothwendig sein, die bei der Unsicherheit im Betriebe schließlich auch noch verloren gingen, noch dazu, wo man mit unsicheren Arbeitern rechnen müsse. Auf eine Verzinsung des Werkes sei bei zunehmender Wassermenge nicht zu rechnen; ferner werde bei weiterer Versalzung des Wassers der Zufluß zur Ems ebenfalls verboten werden. An die Actionäre wurde nun die Frage gestellt, ob sie die drei Millionen Mark noch opfern wollten. Er, Haarmann, rathe nicht dazu, da durch den Geist und die Kraft, die der Piesberg dauernd erfordere, die andern Abtheilungen des Werkes litten. Aus diesen Darlegungen des Generaldirektors erhellt doch deutlich, daß der Streik nur Dekoration ist. An dem Bergwerke ist nichts mehr zu verdienen, weil die Bewältigung und Abfuhr des Wassers zu große Kosten macht. Man müßte erst 3 000 000 M. hineinstecken und hätte dann noch keineswegs die Gewißheit, daß man nun einen Gewinn davon hätte. Gab man das unsichre Bergwerk auf, so konnte man an dem Eisenwerk desto mehr verdienen. Das war die Sachlage und darum erklärten die Aktionäre, der Betrieb solle eingestellt werden. Die Arbeiter haben sich bekanntlich keineswegs geweigert, die in Folge des neuen Wassereinbruchs nothwendigen Arbeiten auch an den klein n Feiertagen zu verrichten. Sie wollten diese Feiertage nur nicht ohne Noth verlieren, und an ihnen nicht lediglich deshalb arbeiten, weil die Arbeit dem Unternehmen Gewinn abwarf. Daß es nun nicht der entgangene Gewinn dieser 7 Tage ist, der das Werk so ungünstig gestellt hat, daß alle Gutachten sich für die Einstellung erklärten, liegt nach dem Gesagten auf der Hand. Die Behauptung, die Arbeiter seien unsicher geworden, während die Verwaltung bis dahin überzeugt gewesen sei, sich auf sie verlassen zu können, ist demnach ebenfalls nur Redezierrath. Der Abg. Timmermann, der an der Versammlung theilnahm, hatte daher offenbar ganz recht, wenn er sich mit der Erklärung entfernte, der Streik habe mit der vorliegenden Angelegenheit nichts zu thun. Man benützt nur die Gelegenheit, um dem „niedren Clerus", den „Hetzkaplänen", eins anzuhängen: gerade jetzt vor den Wahlen kann man ja so etwas besonders gut gebrauchen, vor allem im Wahlkreise Osnabrück, wo die Nationalliberalen um das Mandat Wamhoffs sorgen müssen. Daher das Gerede in der Presse, den verführten und verblendeten Arbeitern gingen nun vielleicht die Augen auf, wo ihre Freunde säßen; das Centrum habe ein frivoles Spiel mit den Arbeitern getrieben; die Verführten gingen wieder frei aus; die Verführten hätten den Schaden zu tragen u. s. w. Wenn man alles das liest, so kommt man auf den Verdacht, daß sogar die Generalversammlung, in der die Einstellung des Betriebes beschlossen werden sollte, aus wahltactischen Gründen kurz vor der Wahl angesetzt wurde. Auf jeden Fall ist nicht der Streik die Ursache der Einstellung, sondern die ungünstige geschäftliche Lage des Bergwerks. Das werden auch die Arbeiter durch den Lärm ganz gut hindurchmerken.

* **Beuthen** (Oberschlesien), 8. Juni. Auf der fiscalischen Friedrichsgrube zu Miechowitz wurden an 200 Bergleute wegen Lohnstreitigkeiten ausständisch. Die Verwaltung entließ sämmtliche Ausständische.

Zur Wahlbewegung.

✓ **Altendorf** (Ruhr), 10. Juni. Eine gestern Nachmittag im Saale des Herrn Genuit abgehaltene Wählerversammlung der Centrumspartei, die trotz des Regenwetters gut besucht war, zeugte von dem in hiesiger Gegend nur erwarteten einmüthigen Bestreben, für die Wiederwahl unseres bewährten Reichstagsabgeordneten Herrn Fuchs einzutreten. Herr Dechant Drebs eröffnete die Versammlung mit einem Hinweis darauf, daß jetzt 50 Jahre verflossen seien, seit das Volk sich im Parlamente eine Vertretung zur Aeußerung seiner Meinung geschaffen habe und wie wichtig es sei, in dieser Vertretung die Centrums-Devise „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" hochzuhalten. Die weiteren Herren Redner, Chefredacteur Cappallo-Bochum und Redacteur Bringewald-Witten, verbreiteten sich über das Programm der im Reichstage vertretenen Parteien wie auch über die für unsern Wahlkreis in Betracht kommenden Candidaten. Ganz besonders aber wurde, nachdem die Versammlung durch Beifallsäußerungen bekundet hatte, nur für den Candidaten des Centrums, Herrn Fuchs, einzutreten, darauf hingewiesen, wie nothwendig es für die Wähler sei, nicht nur selbst an der Wahlurne zur Abgabe der Stimme sich einzufinden, sondern auch dahin zu wirken, daß alle Freunde der einzelnen Wähler, die noch gleichgültig der Wahl gegenüberstehen, ihre Stimme in die Wagschale werfen zu Gunsten des Candidaten des Centrums, unseres bisherigen bewährten Vertreters Herrn Kaufmann Eduard Fuchs in Köln-Rhein.

= **Herne**, 10. Juni. Gestern fanden hier und in Baukau polnische Wählerversammlungen statt. Die letztere war nur von einer geringen Anzahl Wähler besucht, da die Abhaltung der Versammlung zu spät bekannt geworden war. Den Vorsitz führte Herr Caplan Bitter, der die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnete. Hierauf sprach Herr Caplan Rupinski aus Wiesen und Herr Kubiak. Die Anwesenden erklärten sich mit der Candidatur Fuchs-Cöln einverstanden und bereit, für Herrn Fuchs unter ihren Freunden und Bekannten zu wirken. Um 6 Uhr versammelten sich an 1000 Polen in Herne im Saale von Nußbaum. Es traten verschiedene Redner auf, vor allem die Herren Vicar Rupinski, Kubiak, Sclapka, Adamski und andere und wieder erklärte sich die ganze Versammlung für Herrn Fuchs. Die Begeisterung für Herrn Fuchs war eine große, sodaß man hoffen kann, daß die polnischen Wähler schließlich alle die Candidatur Fuchs wieder aufnehmen werden und alle an der Wahlurne schon beim ersten Wahlgange sich einfinden werden.

* **Goch**, 9. Juni. Die heutige Centrums-Versammlung gestaltete sich zu einer mächtigen Kundgebung, wie sie der Wahlkreis Cleve-Geldern wohl noch nicht gesehen hat. Die „Köln. Volksztg." berichtet darüber: Die vom Vorsitzenden des Rheinischen Bauernvereins aufgestellte Gegencandidatur des Herrn Schreiner hatte unzweifelhaft eine Menge Wähler zu kommen veranlaßt, die sonst zu Hause geblieben wären. Lange vor Beginn der Versammlung, die Herr Justizrath Weghmann (Cleve) leitete, war der große Opgenoort'sche Saal mit allermindestens 1500 Menschen vollgepfropft; neben und zwischen den drei Tischreihen stand alles Kopf an Kopf. Es war ein überaus bezeichnendes Genrebildchen, daß der Centrumscandidat Dr. Marcour und das Wahlcomitee, bei der absoluten Unmöglichkeit, durch den Saal zur Tribüne vorzudringen, durchs Fenster einsteigen mußten; hätte nicht eine Anzahl Theilnehmer höflicher Weise auf ersterworbene Rechte, nämlich auf ihre Stühle verzichtet, so hätten Candidat und Comitee der Versammlung stehend beiwohnen müssen. Die Saalfenster waren ausgehängt, draußen harrten Hunderte trotz dem starken Regen in musterhafter Geduld aus. Die Gesammtzahl überstieg jedenfalls 2000; ein doppelt so großer Saal wäre wahrscheinlich auch vollständig gefüllt gewesen. Der Verlauf entsprach dem Besuche. Dr. Marcour konnte Anfangs gar nicht zu Worte kommen, und während seines Vortrages steigerte sich der Jubel beständig. Seinen ruhigen Rechenschaftsbericht durchsetzte er nur an einzelnen Stellen mit polemischen Redewendungen im Interesse der Selbst vertheidigung. Ganz besonders wirkungsvoll war seine Recapitulation der Vorgänge auf der Vertrauensmänner-Versammlung zu Goch: Wie er dem Herrn Grafen v. Loë ausdrücklich erklärt habe, er sei im Interesse des Friedens auch jetzt noch bereit, zurückzutreten, nur nicht zu Gunsten der Candidatur Schreiner, die einen Angriff auf seine Ehre enthalte (donnernde Zustimmung); aber nein, jedes Entgegenkommen sei zurückgewiesen, die Candidatur Schreiner, und nur diese, als Friedensbedingung vorgeschrieben worden, und nun beschuldige man ihn (Redner) der Friedensstörung! Dann sprach unter tosendem Beifall Rechtsanwalt Trimborn (Köln), der Vorsitzende des Provinzial-Ausschusses der rheinischen Centrumspartei. Er ging näher auf die seltsame Vorgeschichte der Candidatur Schreiner ein, auf die Haltung des Provinzial-Ausschusses, des Wahl-Comitees von Cleve-Geldern und der Geistlichkeit, und wies nachdrücklich den Versuch zurück, jetzt gerade denjenigen Mann zum Sündenbock zu machen und persönlich anzugreifen, der dem Grafen v. Loe weiter entgegengekommen sei, wie irgend Jemand; Herrn Julius Bachem. Ueberaus schön und fein abgewogen waren die Bemerkungen über das Verhältniß des Adels zur Centrumspartei und über die Stellung der Letzteren zur Interessen-Vertretung. Gegen die Candidatur Marcour soll sich eine einzige Hand erhoben haben. Seine Wahl mit überwältigender Mehrheit ist unbedingt gesichert.

* **Siegburg**, 9. Juni. Eine von 60 bis 70 Landwirthen besuchte Versammlung beschloß, an Stelle des langjährigen Abgeordneten Herrn Lingens Herrn Schreiner von Kempen aufzustellen. Es wurden Vertrauensmänner bestimmt, die die Agitation betreiben sollen. Selbstverständlich wird Herr Lingens wiedergewählt.

* Zehn Wahlgebote für jeden Centrumsmann.

1. Du sollst für den Centrums-Candidaten Wähler zu gewinnen suchen durch freie Ueberredung in Versammlungen, Werkstätten, Gesellschaften ꝛc., nie aber durch Zwang, Druck, Versprechungen — überhaupt nie durch ein unlauteres Mittel.

2. Du sollst vor Allem Deine Verwandten, Deine wahlfähigen Söhne, Deine Untergebenen durch dieses rechtliche Mittel belehren und für die Sache des Centrums zu gewinnen suchen.

3. Du sollst besondere Mühe verwenden bei den sogenannten „Drückebergern", die sich um Gott und die Welt nicht kümmern, deren Alles, was nicht in ihre tägliche Beschäftigung einschlägt, lästig vorkommt, vornehmlich aber die Wahl.

4. Du sollst Dir zur Pflicht machen, wenigstens einen unsicheren „Cantonisten" zu gewinnen und am Tage der Wahl über ihn wachen, daß er bestimmt den Wahlzettel für den Centrumscandidaten in die Wahlurne legt.

5. Du sollst in Deinem Kreise frühzeitig die Wahlzettel vertheilen und sie möglichst dem Wahlmanne persönlich einhändigen. Gar leicht verlegt oder vergißt die Frau, das Kind den Zettel und der Wähler erhält gar keine Kenntniß von dem Dasein eines solchen.

6. Du sollst ohne Furcht Deinen Centrumscandidaten wählen, Niemand weiß, wen Du wählst, Niemand kann es dem Papiere, das gemäß Uebereinkommen für alle Candidaten gleich ist, ansehen, weß Name darauf gedruckt ist.

7. Du sollst am Wahltage selbst der erste sein, der seinen Centrumszettel in die Wahlurne legt, damit kein unvorhergesehener Fall im Laufe des Tages Dir Dein kostbares Gut, das Wahlrecht, noch in letzter Stunde nehmen kann.

8. Du sollst für die übrige Zeit des Tages Dich, wenn möglich, in den Dienst des Wahlcomitees stellen und alle Dir von der Seite angewiesenen Aufträge freudig und schnell verrichten.

9. Du sollst auch Deine Untergebenen, Deine Söhne ꝛc. für den Tag in den Dienst des Comitees stellen, und falls Du im Besitze anderweitiger Hilfsmittel bist, sie freudig für die große Sache des Tages hergeben. Das Comitee hat Vieles und Vielerlei an dem Tage zu besorgen und wird jedes Entgegenkommen Seitens der Wähler dankbar annehmen.

10. Du sollst am Schlusse auch Dein Scherflein zu den Unkosten beitragen, denn sie sind groß. Hast Du viel, so gib viel, hast Du aber wenig, so gib von dem Wenigen mit gutem Herzen.

Locales und Provinzielles.

* **Witten**, 13. Juni. In Angelegenheit des Dortmund-Rhein-Canals hat die Handelskammer für den Kreis Essen in ihrer letzten Sitzung beschlossen, an maßgebender Stelle dahin vorstellig zu werden, daß Seitens der Königl. Staatsregierung an dem Projekt des Ausbaues der Südemscherlinie festgehalten und dem Landtage der Monarchie im Herbst ds. Js. eine entsprechende Vorlage unterbreitet werde. Ein Fallenlassen des Projektes der sog. Südemscherlinie zu Gunsten des neuerdings in die Diskussion geworfenen Projekts der Emscherthallinie, Herne-Oberhausen-Laar würde nach Ansicht der Handelskammer als ein wirthschaftlicher Nachtheil zu erachten sein, der die Interessen der Stadt und des Kreises Essen, wie überhaupt einer ganzen Reihe gerade der gewerbethätigsten Bezirke des niederrheinisch-westfälischen Industriegebiets in empfindlicher Weise schädigen würde. Nicht darauf komme es an, einen möglichst billigen Wasserweg vom Dortmund-Ems-Canal nach dem Rhein zu bauen, sondern einen solchen, der in wirthschaftlicher Beziehung die größtmöglichsten Vorzüge aufzuweisen hat. Nach dieser Richtung hin aber verdiene die Südemscherlinie bei Weitem den Vorzug vor der Emscherlinie. Die Südemscherlinie führe, gewissermaßen als Fortsetzung der Rheinhäfen von Ruhrort und Duisburg, mitten durch das größte Kohlenlager Deutschlands und gewähre der Mehrzahl derjenigen Werke, Zechen und Städte Anschluß, welche als die hervorragendsten Frachtzubringer und Frachtnehmer erachtet werden müssen. Die Emscherthallinie dagegen lasse nur verhältnißmäßig wenigen Interessenten die Vortheile des Canals zu Gute kommen und lasse gerade den produktivsten Theil des niederrheinisch-westfälischen Industriegebiets unberücksichtigt. Aus diesem Grunde würden auch die erforderlichen finanziellen Garantien für die Emscherthallinie nicht zu beschaffen sein. Im Einzelnen wurde noch darauf hingewiesen, daß speciell die Stadt Essen, da sie für einen Anschluß an die Emscherthallinie nicht durchführbar erscheine, an dem Ausbau der Südemscherlinie ein sehr wesentliches Interesse habe. Ebenso stehe es mit Bochum und wenn von Oberhausen abgesehen werde, dem Kreise Mülheim. Auch Ruhrort, sowie der Landkreis Essen seien an der Emscherlinie in ganz erheblich geringerem Grade interessirt, als an der Südemscherlinie, Duisburg habe für den Fall des Ausbaues jener Linie mit einer schädigenden Concurrenz in Laar zu rechnen. Auch Gelsenkirchen sei, soweit es sich bis jetzt übersehen lasse, mehr an der Südemscherlinie als an der Emscherthallinie interessirt. Unzweifelhafte Vortheile von dieser Linie hätten, soweit die Rheinprovinz in Frage kommt, nur die Stadt Oberhausen und die in ihrer Nähe gelegenen Werke. Alles in allem sei die Aufnahme des Emscherthalprojects gleichbedeutend mit der Aufrollung neuer Streitfragen, die Angesichts des Punktes, bis zu welchem die Verhandlungen über die Südemscherlinie bereits gediehen waren, nicht nur zwecklos, sondern für die sachgemäße Durchführung des großen Werks des Rhein-Weser-Elbe-Canals geradezu gefährlich erscheinen müsse.

*— Zur Schularztfrage liegt jetzt eine Aeußerung des Cultusministers vor. Herr Dr. Bosse hat den Regierungspräsidenten, dem Polizei-

präsidenten und dem Provinzialschulcollegium in Berlin Auszüge eines Reiseberichtes übersandt, den seine Commissare ihm über die Schularzteinrichtung in Wiesbaden erstattet haben, und der Minister fügt hinzu: „Die in Wiesbaden gewonnenen Erfahrungen sind für die Beurtheilung der Schularztfrage von Bedeutung und geeignet, als Ausgangspunkt für eine zweckdienliche Förderung der Schularzteinrichtung in Städten mit gleichen oder ähnlichen Verhältnissen wie in Wiesbaden zu dienen." Die Ministerialcommissare selbst fassen ihr Urtheil über die Schularzteinrichtung in Wiesbaden folgendermaßen zusammen: „Die bisherigen Erfahrungen haben bewiesen, daß die Anstellung von Schulärzten für Volks- und Mittelschulen einen nicht zu unterschätzenden Nutzen für die Schule und die Schüler bietet, daß dieselben mit den Schulzwecken wohl vereinbar und unter gleichen oder ähnlichen Verhältnissen wie in Wiesbaden ohne größere Schwierigkeiten praktisch durchführbar ist. Insbesondere ist nach dieser Untersuchung hervorzuheben, daß die bekannten gegen den Schularzt erhobenen Bedenken, die man auch in Wiesbaden gehegt hatte, durch die Erfahrung nicht bestätigt worden sind. Es ist daher nur zu wünschen, daß das dankenswerthe Vorgehen der städtischen Behörden in Wiesbaden zahlreiche Nachahmung finden, und daß damit die fortschreitende Entwickelung unseres preußischen Schulwesens auf diesem für die Volksgesundheit so wichtigen Gebiete der Schularzteinrichtung endgiltig gesichert werden möge."

*— Ueber die Festsetzung der gesetzlichen Bezüge für die Hinterbliebenen verunglückter Beamten hat der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten an die Eisenbahndirectionen einen neuen Erlaß gerichtet, in welchem bestimmt wird, daß stets das Gesetz, welches jeweilig die höheren Beträge ergibt, in Anwendung gebracht werden soll.

‡ **Dortmund**, 8. Juni. Das Kaiser Wilhelm-Denkmal auf Hohensyburg geht nunmehr seiner Vollendung entgegen. In der gestern auf Hohensyburg stattgefundenen Sitzung des engeren Denkmal-Comitees wurde über die Finanzlage berathen. Diese ist eine durchaus zufriedenstellende. Nachdem die Brauereien, namentlich die Dortmunder, den gewünschten Beitrag sichergestellt haben (1 Pfg. pro Hectoliter gebrauten Bieres) fehlen an der Bausumme noch etwa 125,000 Mark. Vor einiger Zeit hat der Aufsichtsrath des Hörder Vereins dem Comitee 10,000 Mark zur Verfügung gestellt und erklärt, auch für das nächste Jahr eine gleich hohe Summe hergeben zu wollen. Auch das Kohlensyndicat hat sich bereit erklärt, nochmals eine größere Summe zur Verfügung zu stellen, sodaß der Fehlbetrag bald gedeckt sein wird. Der architektonische Theil des Denkmals ist nahezu vollendet. Der Ausschuß beschloß, durch eine steinerne Brücke die Anlagen des Vincke-Thurmes mit denjenigen des Denkmals zu verbinden. Die dem Comitee vorliegenden Entwürfe für das Kaiser Friedrich- und Prinz Friedrich-Carl-Denkmal, die von einem westfälischen Künstler ausgeführt sind, entsprachen nicht den Anforderungen des Comitees. Es wurde deshalb beschlossen, wegen der Ausführung dieser Denkmäler sich an Professor v. Dorndorf, der das Kaiser-Denkmal entworfen, zu wenden, damit die Einheitlichkeit der ganzen Bauwerke gewahrt bleibt.

+ **Altenbochum**, 10. Juni. Die Marianische Jünglings-Sodalität hierselbst wird am Sonntag, 26. Juni, eine weltliche Festesfeier veranstalten, bestehend in Concert, Gesangvorträgen und Theater. Es wird das schöne Stück: „Dein Sohn wird mein Rächer sein" aufgeführt. Hoffentlich werden, wie immer, die Sodalen ein volles Haus haben und gute Geschäfte machen, da, wie wir hören, der Reinertrag zur Bestreitung der Kosten für die schöne und neu umgeänderte Vereinsfahne verwandt wird.

✚ **Bochum**, 11. Juni. Das Oekonomiegebäude des hiesigen katholischen Waisenhauses brannte gestern Mittag nieder. Das Feuer entstand zehn Minuten nach 12 Uhr an der Ostseite. Durch Zöglinge des Waisenhauses und Nachbarsleute wurden die 4 Kühe, 6 Schweine und das Federvieh aus dem Gebäude geholt, auch Thüren und andere Gegenstände gerettet. Einige Geräthschaften, etwas Heu und Stroh sind verbrannt. Gegen 1/4 vor 1 Uhr begann die hiesige freiwillige Feuerwehr ihre Thätigkeit, indeß waren benachbarte Gebäude nicht in Gefahr, das brennende Gebäude war nicht mehr zu retten. Nach dem Löschen begann das Niederreißen. Ein Feuerwehrmann zog sich Verletzungen an der Hand zu. Wie wir hörten, haben diesmal die Feuermelder functionirt. Eine große Menschenmasse hatte sich alsbald angesammelt, zumal sich das Gerücht verbreitet hatte, das Waisenhaus selbst stehe in Flammen.

*— Am Donnerstag Abend fand im Restaurant Kortum eine Versammlung von Innungsmitgliedern statt, in welcher die Frage der Handwerkerorganisation erörtert wurde. Die Bäckerinnung beschloß einstimmig, die Form der Zwangsinnung anzunehmen.

* **Bochum**, 11. Juni. Am letzten Sonntag hat, wie schon kurz erwähnt, in Hagen der 2. westfälische Landgemeindetag stattgefunden. Von 102 Amtsverbänden des Regierungsbezirkes Arnsberg gehören dem Landgemeindetag 84 mit 671 Gemeinden an. Gelegentlich einer Seitens des Vorstandes geschehenen Anfrage bei allen westfälischen Amtsverbänden (es handelte sich um statistische Unterlagen für zwei Vorträge), sind aus den Regierungsbezirken Münster und Minden 74 Antworten eingelaufen, aus welch zahlreichen Antworten auf das Interesse für die Bestrebungen des Landgemeindetages auch in den dem Landgemeindetage noch nicht angehörigen Bezirken geschlossen werden kann. — Aus der Rechnungslage ist zu entnehmen, daß die Einnahmen des Landgemeindetages 765,40 M., die Ausgaben 76,57 M. betragen, mithin der Bestand 688,97 M. beträgt. — Es folgte hierauf das erste Referat, erstattet von Herrn Amtmann Berkermann-Eickel, betreffend die wichtige Angelegenheit: „der Gesetzentwurf, betreffend die Anstellung und Pensionsverhältnisse der Gemeindebeamten". Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Der zweite westfälische Landgemeindetag begrüßt mit Freuden die Absicht der königlichen Staatsregierung auf eine gesetzliche Regelung der Anstellungs- und Pensionsverhältnisse der Gemeindebeamten in Preußen. Er ist jedoch der Ansicht, daß in dem von dem Herrn Minister des Innern veröffentlichten Entwurfe die Verhältnisse nicht in der wünschenswerthen Weise gesetzlich festgelegt werden und ersucht seinerseits den Vorstand, das Erforderliche alsbald zu veranlassen unter möglichster Berücksichtigung der in der Petition des Centralverbandes der Gemeindebeamten Preußens vom 18. November 1897 an den Landtag enthaltenen Gesichtspunkte und Wünsche." Hierauf wies der Referent auf die in § 28 der Kreisordnung enthaltenen sehr mißlichen Bestimmungen hin, betreffend die Anrechnung der Militärdienstjahre und der Dienstjahre in anderen Verwaltungen bei Festsetzung der Beamtenpensionen. Dazu wurde folgende Resolution angenommen: „Der Landgemeindetag hält eine baldige Aenderung des gegenwärtigen Verfahrens bei Festsetzung von Pensionen der der Pensionskasse der Amtsverbände und Landgemeinden der Provinz Westfalen angehörenden Beamten in dem vom Provinziallandtage wiederholt beschlossenen Sinne für dringend erforderlich." Ebenso fand der Zusatz zu dieser Resolution Annahme, der lautet: „Falls die gesetzliche Abänderung des § 28 der Kreisordnung nicht erreichbar ist, wird der Vorstand ersucht, die freiwillige Zuschußversicherung der Verbände in die Wege zu leiten. Damit wird die unbedingte Sicherstellung der Beamten, eventuell auf dem Wege der freiwilligen Beitragspflicht, erreicht." — Das nächste Referat hielt Herr Amtmann Neumann zu Langerfeld über „die Ausbildung der Polizeibeamten". Redner wies auf die vielfach mangelhafte Ausbildung der unteren Polizeiorgane hin, wie solche bei dem den Behörden zur Verfügung stehenden Beamtenmaterial nicht anders zu erwarten sei, das sich sehr oft aus Leuten zusammensetze, die einem vom Polizeiwesen fernab stehenden Berufe obliegen. Redner deutete an, daß die Absolvirung gewisser Unterrichtscurse für Polizeibeamten zu empfehlen sei, indeß würde es Sache der Staatsregierung sein, Mittel und Wege zu durchgreifender Remedur zu finden. Die gegebenen Anregungen des Referenten wurden als dankenswerthes Material vom Landgemeindetag angenommen. — Es folgte dann eine Besprechung über die „Einführung einer besonderen Gemeinde-Gewerbesteuer", eingeleitet mit einem Referate des Herrn Amtmanns Grafen v. Looz zu Altenbochum. Nach den bislang gemachten Erfahrungen wird die Steuer als Kopfsteuer (pro Kopf des Arbeiters) erhoben, und sie hat vorläufig Genehmigung der Regierung erhalten; in einigen Kreisen wird die Steuer mittelst besonderen Pauschal-Vertrages mit den industriellen Werken erhoben. Die Redner finden die Steuer mit Rücksicht auf die durch die Arbeiter den Gemeinden erwachsenden erhöhten Kosten für Schulen, Armenausgaben 2c. gerechtfertigt. — Die letzte Besprechung laut Tagesordnung betraf die „Heranziehung der Betriebsgemeinden gemäß § 53 des Communal-Abgabengesetzes". — Als Vorort für 1899 wurde Unna-Königsborn bestimmt. Der Jahresbeitrag der Aemter für 1898 wurde pro Amt auf 5 M. festgesetzt. Endlich wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt und dann der Landgemeindetag mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen.

*— Eines plötzlichen Todes starb die Frau Sondermann an der Thomasstraße. Dieselbe war Nachmittags im Garten beschäftigt und fühlte sich unwohl. Als sie nach ihrer Wohnung kam, stürzte sie plötzlich zusammen. Der hinzugezogene Arzt konnte ihr leider keine Hülfe bringen, denn inzwischen war der Tod eingetreten. Ein Herzschlag hatte ihrem Leben ein Ende gemacht.

— In der gestrigen Sitzung der Strafkammer wurde verhandelt gegen die Dienstmagd Maria J. von hier, bereits mehrfach vorbestraft und zur Zeit in Untersuchungshaft, die sich wegen Hausfriedensbruchs, einfachen und schweren Diebstahls, sowie Unterschlagung zu verantworten hatte. Das ungetreue Mädchen drang in der Nacht zum 11. Januar cr. in die Wohnung ihrer früheren Dienstherrschaft und entwendete mehrere Sachen, wofür sie 4 Monate ins Gefängniß wandern muß. — Der Bergmann Carl S. von Langendreer hatte seit einiger Zeit ein Schächtelchen Dynamitzündhütchen nebst Zündschnürchen in seinem Besitz, wovon er drei Stück zur Explosion brachte, was ihm 9 Monate Gefängniß einbrachte. — Mittelst eines Revolvers feuerte am Spätabende des 5. October vor. Jrs. der mehrfach vorbestrafte Philipp P. von Altenessen auf den Bergmann Robert W. in Eickel zwei Schüsse ab, wodurch dieser eine nicht unerhebliche Verletzung erlitt, die eine 5 wöchige Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte, was mit 3 Monaten Gefängniß geahndet wurde. — Wegen vorsätzlicher gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruchs standen der Bergmann Heinrich H., der Rangirer Leonhard Sch., Alfred M., Valentin Sch., W. und der Landwirth August B., sämmtlich von Bantan, unter Anklage. Es wurde erkannt: gegen H. auf 9, gegen Sch., M., Sch. und W. auf je 6 Monate Gefängniß und gegen B., bei dem Nothwehr angenommen wurde, auf Freisprechung. Wegen Fluchtverdachts wurden die fünf Ersteren sofort verhaftet. — Die Bergarbeiter Josef M. und Franz W., beide von Bruch, wurden wegen vorsätzlicher gefährlicher Körperverletzung ersterer zu 6 Monaten Gefängniß und 30 M. Geldbuße, letzterer zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt.

= **Herne**, 11. Juni. Am 14. Juli erhält unsere Stadt Einquartirung und zwar die 10., 11. und 12. fahrende Batterie, sowie den Stab der 4. Abtheilung des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 22.

§ **Herne**, 11. Juni. An abgabepflichtigem Vieh ist hier in der Stadt vorhanden 602 Pferde, 1 Esel und 228 Stück Rindvieh.

* **Cöln**, 10. Juni. In der Gegend bei Rhens und St. Goar wüthete gestern Nachmittag ein furchtbares Unwetter. Ein Wolkenbruch hat die ganze Gegend schrecklich verwüstet. Die Bahngeleise waren vollständig überschwemmt, so daß die Züge die überschwemmten Strecken nicht passiren konnten und stundenlang an den Unfallstellen halten mußten. Die um 6 Uhr Nachm. fälligen Schnellzüge Basel-Holland trafen erst um 1 1/2 Uhr Nachts und die um 7 Uhr 56 Min. und 10 1/2 Uhr Abends fälligen Schnellzüge erst um 2 1/2 Uhr Nachts auf dem Cölner Hauptbahnhofe ein. Um 9 1/2 Uhr Abends war ein Geleise wieder fahrbar.

‡ **Aus den Provinzen**, 10. Juni. Eines plötzlichen Todes starb in Merklinde der Arbeiter Lipperheide aus Castrop. Auf dem Wege nach Hause hatte ihn ein Herzschlag ereilt. Man fand ihn entseelt am Wege liegen. — In Hagen wurde während eines starken Gewitters die Frau W. Lohmann auf der sogen. Hagener Haide vom Blitz erschlagen, als sie in ihrem Garten mit dem Einsetzen junger Pflanzen beschäftigt war. — Am Amtsgericht in Dortmund sind allmählich eine große Zahl von Civilprozeßsachen zu erledigen. Eine so hohe Zahl, wie die am Montag zur mündlichen Verhandlung bestimmten Prozeßsachen, dürfte indessen nicht oft zu verzeichnen sein: die Rolle enthielt nicht weniger als 99 derartige Prozeßsachen, die der Reihe nach ihre Erledigung fanden. — Schwere Gewitter richteten am Dienstag namentlich in der Sieggegend großen Schaden an. Der Blitz hat vielfach eingeschlagen. In Nondorf brannten große Wirthschaftsgebäude nieder. In Beuel bei Bonn schlug der Blitz in ein Fabrikgebäude. Aus mehreren Orten am Oberrhein sowie aus verschiedenen Eifelorten treffen gleichfalls Meldungen über Brände ein, die durch Blitzschlag hervorgerufen worden sind. Streckenweise ist durch das Unwetter die gesammte Körnerfrucht vernichtet worden. — Einen scheren Sprung unternahm in Essen ein durch ein Zechgelage zum Uebermuth gereizter Passagier. Derselbe sprang aus dem Mansardenfenster, bei dem er sich derartige Verletzungen zuzog, daß er seinen Leiden erlegen ist. — Ueberfahren und sofort getötet wurde in Mülheim a. d. R. der 13 Jahre alte Knabe Föttgen von einem von Essen kommenden Personenzuge in der Nähe der elterlichen Wohnung. Der Zug ging dem Knaben über den Kopf. — Alles schön dagewesen, sagt Ben Akiba, daß aber eine Frau ihren Mann aus dem Hause jagt, weil er ihr zu faul war, dürfte doch wohl selten dagewesen sein, ist aber in dem kleinen Städtchen Gräfrath passirt. Der Ausgesetzte schnürte sein Bündel und dampfte ganz seelenvergnügt ab. Ein trauriges Familienbild. — Eine mysteriöse Sache beschäftigt die Bürgerschaft in Elberfeld. Die Leiche eines vor mehreren Monaten spurlos verschwundenen Knaben wurde vor etwa drei Wochen in einem Wasserloch vor der Stadt gefunden. Kürzlich fand man an derselben Stelle die Leiche eines zweiten Schulknaben, der seit dem 20. Mai spurlos verschwunden war. — Bei einer Mahlzeit blieb in Cöln einem Manne ein Pflaumenkern in der Luftröhre stecken. Der Bedauernswerthe, der sofort ärztliche Hülfe in Anspruch nahm, ist im Hospitale gestorben, ehe der Kern entfernt werden konnte. — Durch den Hufschlag eines Pferdes wurde in Cöln ein Knecht derartig verletzt, daß er innerhalb weniger Minuten seinen Geist aufgab. — In der letzten Nacht wurde in Bonn zwischen der Bachstraße und Endenicher Straße ein aus Deutz gebürtiger Student von einer leerfahrenden Maschine an beiden Beinen überfahren. Auch erlitt er noch eine schwere Kopfverletzung. Der Verunglückte ist heute früh seinen Verletzungen erlegen. — Finanzminister v. Miquel wird am 18. d. M. zu einem sechswöchigen Curaufenthalt in Ems eintreffen, wo bereits im „Curhaus" Wohnung für ihn bestellt ist.

Vermischtes.

* **Gerichtsdeutsch.** Ferdinand Avenarius' „Kunstwart" theilt im ersten Juniheft folgendes Erkenntniß mit, das geübte Bergsteiger mit erprobtem Brustkasten herunterlesen mögen, ohne Athem zu holen: „In der Unfallversicherungssache der Ehefrau A. in B., Berufungsklägerin, gegen die Section Kreis C. der — schen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft, Berufungsbeklagte, hat das Schiedsgericht dieser Section in seiner Sitzung vom 13. November 1897, an der theilgenommen haben: 1. Amtsrichter D. in E. als Vorsitzender, 2. Hofbesitzer F. aus G., 3. Amtsvorsteher H. aus J. als Beisitzer aus dem Stande der Arbeitgeber, 4. Arbeiter K. aus L., 5. Arbeiter M. aus N., als Beisitzer aus dem Stande der Arbeitnehmer, Bureaugehilfe O. in P. als vereidigter Protokollführer, nachdem die Klägerin, die am 28. Juni 1894 beim Bierbrauen für den Hausbedarf, als sie einen Grapen (Kessel) aufhob, plötzlich Schmerzen im Rücken fühlte und beim Heuladen, als sie von dem beladenen Wagen herunterstieg, wiederum plötzlich Schmerzen im Rücken bekam, gegen den auf stattgehabte Begutachtung durch den Dr. med. O. in R. (Bl. 4—5 der Acten der Beklagten) der Klägerin den durch die Anmeldung vom 29. November 1896 (Bl. 1 derselben Acten) verfolgten Entschädigungsanspruch versagenden Bescheid der Beklagten vom 31. Mai 1897 (Bl. 8 daselbst) rechtzeitig durch den Bl. 1—2 der Schiedsgerichtsacten befindlichen Schriftsatz vom 24. Juni 1897 Berufung eingelegt hat, mit dem Antrage, daß ihr eine Unfallrente zugesprochen werde, und nachdem die Beklagte unter Aufrechterhaltung der Gründe des angefochtenen Bescheides die Verwerfung der Berufung der Klägerin begehrt hat; in Erwägung, daß es sich im gegenwärtigen Falle um einen Unfall im Landwirthschaftsbetriebe gar nicht handelt (§ 1 des Gesetzes vom 5. Mai 1886), indem die Thätigkeit der Klägerin am 28. Juni 1894 keine über den Rahmen der gewöhnlichen Betriebsarbeit hinausgehende gewesen ist und ein im Anschluß an solche gewöhnliche Thätigkeit erfolgendes, schädigendes Ereigniß des Charakters des Unfalles als einer außergewöhnlichen (regelwidrigen), sich in einer gewissen Plötzlichkeit vollziehenden Geschehnisses entbehrt, sich vielmehr nur als bloße Betriebserkrankung darstellt; in Erwägung, daß schon um deswillen, weil dem, was sich am 28. Mai 1894 zugetragen hat, die Bedeutung eines Unfalles versagt werden muß, der Klägerin kein Recht auf die beanspruchte Unfallrente zusteht, und es einer Prüfung der Frage, ob der Klägerin die Rente wegen Nichtinnehaltung der Frist des § 64 des Gesetzes zu verlagen oder ihr die durch Abs. 2 dieses Paragraphen zugelassene Nachholung der Anmeldung zu gestatten ist, sowie die Frage, ob die bestehende körperliche Schädigung der Klägerin mit dem Dr. med. O. gar nicht als Folge der Ereignisse vom 28. Juni 1894 anzusehen ist, nicht mehr bedarf, für Recht erkannt: die Berufung der Klägerin wird verworfen. (Folgen Unterschriften.)"

‡ **Verschiedenes.** In Gießen wurde durch den Scharfrichter Brand aus Gotha der 63 Jahre alte Handarbeiter Karl Conrad aus Rainrod hingerichtet. Conrad hatte am 28. Januar d. J. den Unternehmer G. Zinnel, bei dem er in Arbeit stand, und mit dem er sich wegen Verweigerung des Credits beim Bäcker entzweit hatte, mit einer Hacke erschlagen. — Bei dem Credit- und Sparverein in Warmbrunn gestanden der Controlleur Jäger und der Cassirer Ollinski Unterschlagungen in der Höhe von 25 000 Mark ein. — An der Trichinosis sind in dem Vororte Plawitz bei Zwickau fünfzig Personen erkrankt. — Durch Ofenbrand brach in Strelno Feuer bei dem Arbeiter Chojnacki aus, dessen vier schlafende Kinder verbrannten. Die Chojnackischen Eheleute retteten sich mit Brandwunden. Zwei Personen wurden beim Retten der Kinder lebensgefährlich verletzt. — Verunglückt ist am Sonntage der 70jährige Glöckner der Marienkirche zu Salzwedel, Kleitzmann. Er erstieg den Glockenstuhl der Kirche, um Dohlennester auszunehmen. Schon hatte er die Schürze voll junger Vögel, als die Leiter wich und der Greis in die Tiefe stürzte. Entsetzlich zerschlagen blieb er zwischen zwei Balken hängen. Als man später den Glockenstuhl mit einer Laterne ableuchtete, fand man Kleitzmann blutend und mit gebrochenen Gliedmaßen auf. Bald darauf erlag er den schweren Verletzungen. — Ein großer Moorbrand wüthet in Jütland. Mehrere tausend Morgen Land stehen in Flammen. — Von einem furchtbaren Orkan wurde am Dienstag ganz Mittelrußland heimgesucht. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend. In Neswisch stürzten mehrere Häuser ein, wobei neun Personen getödtet wurden. Die Telegraphenverbindung Warschau-Moskau ist gestört. — Der Rostow-Charkower Personenzug stieß auf der Station Ammwrofijewka mit einer Rangierlocomotive zusammen. Neun Personen wurden dabei theils getödtet, theils verwundet.

Markt- und Börsen-Nachrichten.

* Berliner Coursbericht vom 10. Juni.

Reichsanleihe 3 1/2 %	103,00	Dortmunder Brauerei	—,—
3 %	96,20	Dortm. Bergbauverein	—,—
Preuß. Consols 3 1/2 %	103,00	Essener Creditbank	143,80
3 %	96,50	Reichsbank	160,40
Berg.-Märk. Bank	164,75	Bochumer Gußstahl	228,25
Dortm. Bankverein	130,30	Westfäl. Stahlwerke	227,75
Consolidation	284,10	Gelsenkirchener Bergw.	189,00
Dannenbaum	121,50	Harpener	187,00

* Berlin, 10. Juni. Fruchtpreise.

	9.	10.			9.	10.
Weizen, kleiner	23,00	22,00	Raps 1. S.	100 Kg.	—,—	—,—
do. 1. S., engl.	22,40	21,40	„ 2. S.	„ „	—,—	—,—
do. 2. S., engl.	21,90	20,90	Rüböl 1. S.	„ „	—,—	—,—
Roggen, 1. Sorte	16,50	16,00	„ 2. S.	„ „	—,—	—,—
2. Sorte	16,00	15,50	Kartoffeln	50 „	*)	*)
Hafer, 1. Sorte	17,20	17,20	Maschinenstr.	500 „	20,—	20,—
„ 2. Sorte	16,20	16,20	Flegeldrusch	„ „	22,—	22,—
(Alles 100 Kg.)			Kleien	50 „	4,60	4,60

*) Mk. 2,60—3,20. Heu Mk. 2,70—3,70 die 50 Kg.

Rüböl in Posten von 100 Ctr. . . . . Mk. 53,—
Rüböl faßweise, 100 Kg. ohne Faß . . . . . „ 54,50

Für die Mitglieder der
Marianischen Congregation
zu Witten
empfehle:
Regel- und Gebetbuch
von P. J. Schneider, Priester der Gesellschaft Jesu
Ausgabe I in Taschenformat Preis 0,50 Mk.
„ II „ „ „ 1,10 „
„ I „ großer Schrift „ 1,10 „
Die gute Congreganistin
von B. Störmann, Pfarrer.
Preis gebunden in Rothschnitt 1,50 Mk.
Buchhandlung Heinr. Bringewald,
Witten.

Candidat des Centrums ist Herr
Kaufmann Eduard Fuchs in Köln-Rhein.

Wähler für den Reichstag ist jeder deutsche Bürger, welcher am Tage der Wahl 25 Jahre alt ist, auch wenn er keine Steuern zahlt.

Die Wahl ist geheim. Jeder Wähler hat den Zettel, auf dem der Name seines Candidaten steht, zugefaltet dem Wahlvorsteher zu übergeben. Der Wahlvorsteher muß den Zettel in Gegenwart des Wählers in die Wahlurne hineinlegen, ohne ihn zu öffnen.

Ort der Wahl ist das Wahllocal desjenigen Bezirks, in dem der Wähler zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz hat, resp. bei der Personenstandsaufnahme im November vorigen Jahres gewohnt hat.

Zeit der Wahl ist am Donnerstag, den 16. Juni 1898, von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags, und zwar ununterbrochen, also auch in der Mittagsstunde.

Die Wahl ist also in jeder Beziehung bequem, und Jeder kann ungescheut seiner Ueberzeugung gemäß frei und unabhängig wählen!

Auf Grund des § 10 des Vorfluthgesetzes vom 15. November 1811 des § 7 des Gesetzes vom 28. Februar 1843, der §§ 100 und 101 Theil 8 Theil 2 des Allgemeinen Landrechts und des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 werden die Besitzer der im Stadtbezirke Witten belegenen Grundstücke hierdurch aufgefordert, die an dieselben grenzenden Flüße, Bäche und Abzugsgräben in der Zeit vom 1. Juni bis 31. August ordnungsmäßig reinigen zu lassen.

Nach Ablauf dieser Frist wird eine Besichtigung stattfinden. Gegen die Reinigungspflichtigen, welche die ihnen obliegende Räumung gar nicht oder nicht hinreichend bewirkt haben, wird mit Zwangsmaßregeln vorgegangen werden.

Witten, den 1. Juni 1898.

Die Polizei-Verwaltung: J. V.: Rohrmann.

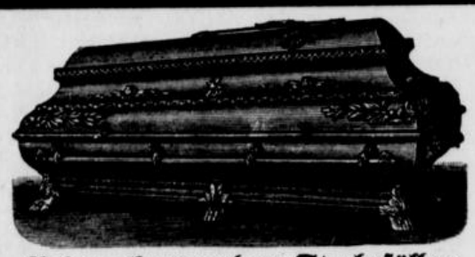
Bekanntmachung.

Die Lieferung der auf Rechnung der Armenverwaltung an die Armen zu verabfolgenden Schwarzbrote soll für das bevorstehende 2. Quartal 1898/99 vergeben werden.

Angebote sind unter Angabe des Preises für das 10pfündige Schwarzbrot verschlossen mit der Aufschrift „Brotlieferung" bis zum **13. Juni cr.** bei der unterzeichneten Stelle einzureichen.

Witten, den 2. Juni 1898.

Städtische Armen-Deputation: Rohrmann.



Bei vorkommenden Sterbefällen

empfehle einem geehrten Publikum von Witten und Umgegend mein reichhaltiges Lager in

Särgen jeder Größe.

Gleichfalls sind sämmtliche **Leichenbedarfsartikel**, wie **Hemden, Strümpfe, Mützen, Schuhe, Handschuhe** 2c. stets am Lager.

Jeder nicht vorräthige **Sarg** wird innerhalb zwei Stunden auf meiner eigenen Schreinerei angefertigt.

Zur würdigen **Ausschmückung** des Sterbezimmers gebe zudem meinen hübschen neuen

Kerzen-Kandelaber (Leuchter)

leihweise zum billigen Preise ab.

Achtungsvoll

Bernh. Voss vorm. F. Nüthen,
Witten, Ardeystrasse 31.

Bekanntmachung.

Das Verzeichniß des Viehbestandes der Gemeinde Bommern am 1. Juni 1897 behufs Erhebung der Abgabe zur Bestreitung der Entschädigungen für das auf polizeiliche Anordnung wegen Rotzkrankheit, Lungenseuche oder Milzbrand getödtete oder nach dieser Anordnung an der Seuche gefallene Vieh, liegt vom 10. Juni ds. Js. ab zur Einsicht der Betheiligten 14 Tage lang auf dem hiesigen Amtsbüreau offen.

Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses sind innerhalb der 14tägigen Frist bei dem Unterzeichneten anzubringen.

Bommern, 7. Juni 1898.

Der Amtmann: Frielinghaus.

Bekanntmachung.

Auf der Provinzialstraße in Bommerholz ist Geld gefunden worden. Der rechtmäßige Eigenthümer kann sich innerhalb 2 Monaten bei der unterzeichneten Behörde melden.

Bommern, den 10. Juni 1898.

Die Polizei-Behörde:
Frielinghaus.

Gras-Verkauf.

Am Dienstag den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, für Herrn Rittergutsbesitzer **W. Dünkelberg** hier in dessen Wiese im Sundern.

Witten, den 3. Juni 1898.

Pott.

Glacé-Handschuhe

werden nach neuster Methode schwarz gefärbt, bleiben weich, innen rein, färben nicht ab.

Handschuhfärben 40 Pfg.
Handschuhwaschen 20 Pfg.

R. Lüdecke
Poststraße 4.

Ein tüchtiger
Schuhmacher-Geselle
wird gesucht von
W. Ottensmann, Stockum.

Tüchtiger, älterer
Schlosser,
welcher auch Feuerarbeiten versteht, sowie mehrere andere **Schlosser** auf sofort gesucht.

Ernst Eckardt,
Fabrik, Annen.

Ein fleißiges, properes
Dienstmädchen,
nicht unter 16 Jahren, für leichte Hausarbeit auf ganze Tage gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle d. „Witt. Volksztg."

Ein tüchtiges
Küchenmädchen
per sofort gesucht. Lohn 200 Mk. ev. auch mehr.

Näh. in der Geschäftsst. d. Zgt.

Wohnung
von 3 Zimmern, 1. Etage, per 1. August oder September zu vermiethen.

Crengeldanzstraße 23.

Hochfeine
Süssrahm-Margarine
Wittener Butterhaus,
Inh. Arnold Rötker,
Bahnhofstraße 20.

Sparkochherde
und sämmtliche
Kochgeschirre
empfiehlt billigst
Ludwig Müller,
Witten, Wiesenstr. 2,
unterhalb der „Germania"-Apotheke an der Ruhrstraße.

Toilette-Abfall-Seife
per Pfund 60 Pfg.
Glycerin-Transp.-Seife
per Pfund 70 Pfg.
in **vorzügl. Qualität** empfiehlt
F. W. Reuter, Parfümerie.

Gegr. C. G. Schuster jun. 1874
Musikinstrum.-Manufactur
Markneukirchen i/S.



Directe und vortheilhafteste Bezugsquelle. Man verlange Catalog No. 134.

Allerfeinste
Tischbutter
à 7,60 Mark per Postkübel frei ins Haus.
J. Peier, Tilsit.

Vaseline-Gold-Cream-Seife
von **Bergmann & Co., Berlin v Frkft. a. M.,** mildeste aller Seifen, besonders gegen rauhe und spröde Haut, sowie zum **Waschen und Baden kleiner Kinder,**
Vorr. à Pack. = 3 St. 50 Pfg. bei
F. W. Reuter, Parfümerie.

ffeine Plockwurst,
per Pfund 90 Pfg.
" Mettwurst
per Pfund 70 Pfg.
empfiehlt
Wittener Butterhaus,
Inh. Arnold Rötker,
Bahnhofstraße 20.



Wähler-Versammlung

der Centrums-Partei

am Montag den 13. Juni, abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn **Fr. Borgmann.**

In derselben werden folgende Herren als Redner auftreten:

1. Der bisherige Vertreter des Wahlkreises Bochum, Herr Kaufmann **E. Fuchs-Cöln.**
2. Herr Chefredacteur **Dr. Hillmann-Bonn.**
3. Herr Redacteur **H. Bringewald.**

Zu dieser hochwichtigen Versammlung werden alle Wahlberechtigten, welche sich für die Wiederwahl des Herrn Fuchs interessieren, freundlichst eingeladen.

Das Lokal-Wahl-Comitee der Centrums-Partei.

Bekanntmachung.

Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Namen der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter, sowie der Wahllokale für die **am 16. d. Mts.** stattfindende Wahl eines Reichstags-Abgeordneten bringen wir nachstehend zur Kenntniß der Wahlberechtigten, mit dem Bemerken, daß die Wahlhandlung vormittags 10 Uhr beginnt und nachmittags 6 Uhr geschlossen wird.

Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte in einer Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ausgeübt. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und dürfen kein äußeres Kennzeichen haben.

Witten, den 2. Juni 1898.

Der Magistat: Dr. Haarmann.

Nummer.	Straßen des Bezirkes.			Namen des Wahlvorstehers	Namen des Stellvertreters.	Wahllokal.
1.	Bahnhofstraße 1—53 u. 2—48, Hauptstraße 1—87			Ter Nedden, Wilh. Oberlehrer.	Köster, Wilhelm Heinrich, Kaufmann.	Kückenhöner, Hauptstr. 12.
	Gemüsemarkt	Eintrachtstr.	Marktstr.			
	Breddestr.	Nordstr.	Molkestr.			
	Roonstr.	Gartenstr.	Brüderstr.			
	Bismarkstr.	Gerberstr.	Steinstr.			
2.	Ruhrstr. 33—117 u. 32—112,		Blücherstr.	Lohmann, Carl, Techniker.	Cordes, Adolf.	Tuschhoff Wwe. Röhrchenstr. 32.
	Kampstr.	Mühlengraben	Rohrchenstr.			
	Johannisweg	Heienenberg	Helenenbergw.			
	Wetterstr.	J. d. Borbeck	Kohlensiepen			
3.	Herbederstr.	Im Sundern	Fischerthal	Brinkmann, Gust. jr., Ingenieur.	Fischer, Aug. jr. Kaufmann.	Kraul, Bahnhofstr. 65.
	Steinhauserhütt:	J. d. 3 Königen	Auestr.			
	In der Aue	Stahlstr.	Gasstr.			
	Bahnhofstr. 59—69 u. 50—74		Hammerstr.			
	Pontstr.	Dammstr.	Bellerslohstr.			
	Rosenstr.	Lilienstr.	Viktoriastr.			
4.	Tieferweg	Wilhelmstr.	Wideystr.	Seidel, Carl, Rentner.	Moll, Waldemar, Fabrikannt.	Schwenke, Breitestr. 62.
	Breitestr.	Kurzestr.	Königsstr.			
	Königsplatz					
5.	Oberstr.	Mittelstr.	Hofstr.	Buchholz, Wilh.	Brodt, Carl, Agent.	Reker. Ruhrstr. 20.
	Am Hof	Schwanenmarkt	Lämmerstr.			
	Sackgasse	Oststr.	Weidengasse			
	Schulstr.	Bachstr.				
	Ruhrstraße 1—29	und 4—26	Wiesenstr.			
	Gerichtsstr.	Körnerstr.	Humboldtspl.			
	Casinostr.	Heilenstr.				
6.	Hauptstr. 2—76	Ardeystr. 1—35	und 6—62	Bach, Alfred, Apotheker.	Fügner, C., Hauptlehrer.	Berthold, Kirchhofstraße 133.
	Schlachthofstr.	Johannisstr.	Kirchstr.			
	H. d. ev. Kirche	Kornmarkt	Bergstr.			
	Im Oertchen	Winkelstr.				
7.	Kirchhofstr.	Ledderkenweg	Feldstr.	Rademacher, F., Architekt.	Stratmann, L., Kaufmann,	Pferdekämper, Pferdebachstr. 73.
	In der Pferdebach	Pferdebachstr.				
	Pferdebach-Feldweg		Ziegelstr.			
	Feldweg nach Wullen		Wullenstr.			
	Hochstr.					
8.	Ardeystraße 37—193 und 82—194			Wiehage, C., Fabrikant.	Alvermann, G., Fabrikdirektor.	Niermann, Ardeystr. 117.
	Bruchstr.	Krummestr.	Münzstr.			
	Rübinghauserstr.	Annenstr.	Grenzstr.			
	Königsholz					
9.	Wannenstr.	Sprockhövelerstraße		Dönnhoff, W., Brauerei-Besitzer.	Vogt, Albert, Buchhalter.	Alberts, Crengeldanzstraße 38.
	Kronenstr.	Kl. Kronenstr.	Kesselstr.			
	Crengeldanzstr.	Grünstr.	Brückstr.			
	Wasserstr.	Sandstr.				

Rheinwein.

20 Liter Weißwein im Faß von M. 10 M. an,
20 Flaschen " mit Glas " " 12 " "
20 Liter Rothwein im Faß " " 12 " "
20 Flaschen " mit Glas " " 14 " "

versendet unter Garantie für reine Traubenweine. Kein Risico, wenn nicht gefällt, nehme zurück. Referenzen erbeten oder Nachnahmeversandt

Johannes Ohlig, Weinproducent, **Winkel** i. Rheingau.
Vertreter gesucht.

Vulkan-Kaffee ist der beste u. billigste! Verkaufsstelle: **Bahnhofstr. 29.**

Soester Apfelwein-Kelterei

Ferd. Freitag & Co., Soest i. W.,

empfiehlt ihren naturreinen 1896er **Apfelwein** in ganz vorzüglicher Qualität. Ein Probeversuch wird jeden Besteller zur dauernden Abnahme veranlassen.

Vertreter

werden an allen Plätzen gesucht.

Deutsche Hausfrauen!

Die in ihrem Kampf um's Dasein schwer ringenden armen

Thüringer Handweber bitten um Arbeit!

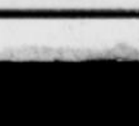
Dieselben bieten an:

Tischtücher, Servietten, Taschentücher, Hand- u. Küchentücher, Scheuertücher, Rein- u. Halb-Leinen, Bettzeuge, Bettköpers und Drells, Halbwollene Kleiderstoffe, Altthüringische- und Spruchdecken, Kyffhäuserdecken usw.

Fertige Wäsche!

Sämmtliche Waaren sind gute Handfabrikate. Viele tausend Anerkennungsschreiben liegen vor. **Muster und Preisverzeichnisse stehen auf Wunsch portofrei zu Diensten** und wolle man sich dieserhalb wenden an den

Thüringer Weber-Verein Gotha.
Vorsitzender **C. F. Grübel,** Landtagsabgeordneter.



Massiv goldene Trauringe
empfiehlt zu billigsten Preisen
Gerh. Becker, Uhren- und Goldwaaren-Handlung,
Hauptstraße 14.

Bommern.

Wähler-Versammlung

der Centrumspartei

heute (Montag) abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rüping.

Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

Das Wahl-Comitee.

Jalousien und Rolläden

liefert in bestbewährter Konstruktion mit langjähr. Garantie billigst die
Düsseldorfer Jalousie-Fabrik

Wollen Sie Geld sparen!

und trotzdem eine gute Cigarre rauchen?

Machen Sie einen Versuch mit meinen durch das Kaiserliche Patentamt gesetzlich geschützten **Cigarillos,** welche 11 Ctm. lang, mit feinen Sumatra gedeckt, mit einem Mundstück mit **Nicotinsammler** versehen und daher beim Rauchen der Gesundheit nicht nachtheilig sind. Um meine Leistungsfähigkeit in billigen und guten Sachen nachzuweisen, versende **500 Stück für Mk. 5,50, 1000 Stück für 10 Mk.** franko per Nachn. und lege auf Wunsch Muster von anderen guten Sorten gratis bei! **Garantie: Zurücknahme oder Umtausch, daher kein Risico.**

S. Pokora, Cigarren-Fabrik,
Neustadt, Westpr. Nr. 206.

Einrahmen

von **Bildern, Brautkränzen** usw. sowie **Einbinden** von **Büchern** besorgt in kürzester Frist und zu **billigsten Preisen** die Buchbinderei von

H. Bringewald,
Hauptstrasse 79
gegenüber der kath. Schule.

Garantiert reinen fft.

Kornbranntwein,

aus Roggen und Malz gebrannt,
à Liter **65** Pfg., von 3 Liter ab **60** Pfg.
empfehlen
S. Lindenbaum Söhne, Witten.

Keinen Priester, keine Kirche, keine Schule

haben die armen Katholiken in **Königswusterhausen** bei Berlin und in der Umgebung; wer hilft ihnen ein Kirchlein zu Ehren der hl. Elisabeth von Thüringen erbauen? Gott wird jede Hilfe reichlich vergelten!

Pfarrer Frank in Berlin, Pallisadenstr. 73.

Auch die Expedition dieses Blattes ist zur Annahme der Gaben bereit.



Den schönsten Schmuck

eines katholischen Hauses bilden

religiöse Bilder.

Eine überraschend große Auswahl darin findet man in der Buchhandlung von

Heinr. Bringewald,
Hauptstraße 79,
gegenüber der kathol. Volksschule.



Weiss- oder Rothwein

(auch Weiß- und Rothwein sortiert) gegen Einsendung oder Nachnahme von Mk. 9,— frachtfrei innerhalb Deutschlands.

Weingroßhandl. **Sülzer-Reitz**
Wellen a. d. Mosel.



Soeben erschienen!

Verkehrs-Karte von Westdeutschland,

umfassend die Rheinlande, von Speyer bis Cleve einschl. Luxenburg. Großherzogthum Hessen, die preußischen Provinzen Hessen-Nassau und Westfalen, nebst den angrenzenden Gebieten.

Mit einer Nebenkarte des **Saargebietes** und vollständigem **Ortsverzeichniß.**

Zum Preise von 2 Mark vorräthig in der Buchhandlung von

H. Bringewald,
Hauptstrasse 79,
gegenüber der kath. Volksschule.

Acetylenlicht-Vertretung.

Wir suchen zum Vertrieb unserer preisgekrönten Apparate für den hiesigen Umkreis einen

tüchtigen geeigneten Vertreter.

Erste Thüringer Acetylen-Gas-Gesellschaft, Erfurt.